

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

6

2012

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

FINANZEN

Griechen-Rettung:
Nicht um jeden Preis

POLITIK

Volkspartei mit
nur 30 Prozent?

SERVICE

Mit Gutscheinen
neue Kunden gewinnen

EXISTENZGRÜNDUNG

Finden Sie
die richtige
Rechtsform

selbstständig

angestellt





Spielplan der Fußball-Europameisterschaft 2012

IA

Samstag, 1. Juni

18.00 Uhr in Warschau	Polen - Griechenland		
20.45 Uhr in Warschau	Russland - Tschchien		

Samstag, 2. Juni

18.00 Uhr in Warschau	Griechenland - Tschchien		
20.45 Uhr in Warschau	Polen - Russland		

Samstag, 3. Juni

20.45 Uhr in Warschau	Tschchien - Polen		
20.45 Uhr in Warschau	Griechenland - Russland		

Tabelle

1.					
2.					
3.					
4.					

JB

Samstag, 2. Juni

18.00 Uhr in Charkow	Niederlande - Dänemark		
20.45 Uhr in Lwiw	Deutschland - Portugal		

Samstag, 3. Juni

18.00 Uhr in Lwiw	Dänemark - Portugal		
20.45 Uhr in Charkow	Niederlande - Deutschland		

Samstag, 3. Juni

20.45 Uhr in Charkow	Portugal - Niederlande		
20.45 Uhr in Lwiw	Dänemark - Deutschland		

Tabelle

1.					
2.					
3.					
4.					

IC

Sonntag, 10. Juni

18.00 Uhr in Donezk	Spanien - Italien		
20.45 Uhr in Kiew	Inland - Kroatien		

Dienstag, 14. Juni

18.00 Uhr in Kiew	Italien - Kroatien		
20.45 Uhr in Donezk	Spanien - Inland		

Wenstag, 18. Juni

20.45 Uhr in Donezk	Kroatien - Spanien		
20.45 Uhr in Kiew	Italien - Inland		

Tabelle

1.					
2.					
3.					
4.					

ID

Mittwoch, 13. Juni

18.00 Uhr in Donezk	Frankreich - England		
20.45 Uhr in Kiew	Ukraine - Schweden		

Freitag, 15. Juni

18.00 Uhr in Donezk	Ukraine - Frankreich		
20.45 Uhr in Kiew	Schweden - England		

Samstag, 16. Juni

20.45 Uhr in Donezk	England - Ukraine		
20.45 Uhr in Kiew	Schweden - Frankreich		

Tabelle

1.					
2.					
3.					
4.					

Viertelfinale 1

Dienstag, 21. Juni, 20:45 Uhr in Warschau

1.					
2.					
3.					
4.					

Halbfinale 1

Mittwoch, 27. Juni, 20:45 Uhr in Donezk

1.					
2.					
3.					
4.					

Viertelfinale 2

Freitag, 23. Juni, 20:45 Uhr in Donezk

1.					
2.					
3.					
4.					

Halbfinale 2

Dienstag, 26. Juni, 20:45 Uhr in Warschau

1.					
2.					
3.					
4.					

Viertelfinale 3

Samstag, 23. Juni, 20:45 Uhr in Donezk

1.					
2.					
3.					
4.					

Viertelfinale 4

Sonntag, 24. Juni, 20:45 Uhr in Kiew

1.					
2.					
3.					
4.					

Finale

Sonntag, 1. Juli, 20:45 Uhr in Kiew

1.					
2.					
3.					
4.					

EIN „WEITER SO“ DARF ES NICHT GEBEN

Norbert Röttgen hat als Spitzenkandidat in NRW versagt. „Es war mein Wahlkampf, ich habe verloren und es gibt nichts zu relativieren“ erklärte er in Zusammenhang mit seinem Rücktritt. Damit folgte er der offiziellen Berliner Erklärungslinie, wonach die Bundespolitik und insbesondere Angela Merkel mit dem katastrophalen Wahl-



Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

ausgang nichts zu tun haben. So jedenfalls äußerten sich alle Politiker aus dem engeren Führungskreis am Wahlabend öffentlich – wie auch bei früheren Landtagswahlen, die die CDU verloren hat.

Mit solchen Äußerungen kann man aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundespolitik die Landtagswahl in NRW maßgeblich beeinflusste. Dies wird schon an dem Einsatz der Bundeskanzlerin deutlich, die immerhin mehr als zehnmal im Wahlkampf auftrat. Anders ist auch das Verhältnis der Erststimmen (2.546.013) zu den Zweitstimmen (2.050.633) nicht zu erklären. Der Erststimmenanteil der CDU-Kandidaten vor Ort ist deutlich höher als der Zweitstimmenanteil der Partei. Die Bundespartei zieht also nach unten. Von den besseren Umfrageergebnissen der Bundeskanzlerin hat die Partei – wie auch bei früheren Wahlen – nicht profitiert.

Der bundespolitische Einfluss auf die NRW-Wahl wird vor allem am Bild der beiden Spitzenkandidaten deutlich: Mit Hannelore Kraft war für die SPD eine Landespolitikerin angetreten, die sich den Wählern glaubwürdig als die „Kümmerein vor Ort“ präsentierte. Ihr stand mit Norbert Röttgen für die CDU ein prominenter Bundespolitiker gegenüber, der sich vor allem als globaler Klimapolitiker profiliert hatte. Bei dieser Wahl haben sich die Wähler in NRW klar entschieden: „Das eigene warme Hemd ist uns näher

als der schöne globale Rock!“

Auf Bundesebene steht Norbert Röttgen insbesondere für eine Energiewende, der es nicht an ambitionierten Klimazielen, wohl aber an Realitäts-sinn und Augenmaß mangelt. Rücksicht auf Industrie und Stromkunden waren selten zu erkennen, wovon in

besonderer Weise das Industrieland NRW betroffen ist. Dies und auch die Tatsache, dass diese Politik auf Staatseingriffe statt auf den Marktmechanismus setzt, ist vor allem bei bürgerlichen Wählern auf Skepsis gegenüber der Bundespolitik gestoßen. Sie haben daher der CDU in Scharen den Rücken gekehrt.

Norbert Röttgen hat den Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahl selbst eingestanden, als er den Wählern erklärte, dass in NRW auch die „Konsolidierungspolitik der Bundeskanzlerin“ zur Abstimmung steht. Als die CDU-Führung hierauf ihr „Befremden“ zum Ausdruck brachte, um nicht mit einem schlechten Wahlergebnis in NRW in Verbindung gebracht zu werden, dementierte er seine Äußerung unverzüglich. Dies war zu erwarten, weil es offiziell keinen Zusammenhang zwischen der Bundespolitik und der Landtagswahl geben durfte. In der Sache hatte Norbert Röttgen aber völlig Recht. Hierin liegt wohl der wesentliche Grund für seine Entlassung aus dem Ministeramt.

Die CDU hat deshalb gute Gründe, über die wahren Ursachen ihrer Wahlniederlage nachzudenken und endlich zu einer Politik zurückzukehren, die auch wieder wählbar macht für den bürgerlichen Mittelstand. Ein „Weiter so“, wie es nach der Wahl in Berlin verkündet wurde, darf es nicht geben.

JEDER- KANN- EIN- RETTEN- SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit
5.000 Menschen an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit
250.000 Menschen neu an Lepra.

**Spendenkonto 96 96
BLZ 790 500 00**

Mariannahillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft – Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und
Tuberkulosehilfe e.V.

Die Seite-4-Karikatur



DIE KANZLERIN ARBEITET AN IHREM IMAGE ...!

Weisheiten

Oft hat es lang genug gedauert,
da war man auch schon ausgepowert.
Ausdauer braucht's und sehr viel Kraft,
damit man, was man will, auch schafft.
Man kann an jedes Ziel gelangen,
wenn man es schafft, mal anzufangen.
Nicht selten hindert uns Verlangen,
die Dinge planvoll anzufangen.
Wer ständig strebt nach jedem Gipfel
ist oft genug ein armer Zipfel.
Journalisten müssen Wachhunde des Bürgers,
nicht Schoßhunde der Mächtigen sein.

Lilli Gruber, ital. Journalistin

Bosheiten

Mitarbeiter sind meist fleißig.
Bei manchen legt sich das ab dreißig.
Fleiß ersetzt sehr effizient
unser fehlendes Talent.
Eifer stößt schnell an die Grenzen
eingeschränkter Kompetenzen.
Faulheit heißt, den ersten Zeichen
von Arbeit schleunigst auszuweichen.
Der Volksmund weiß: Wer rastet, rostet.
(Zu schweigen davon, dass er kostet).

Lt. Springer-Kalender



**Diese Bilanz kann sich sehen lassen:
4,4 l/100 km, 114 g/km, 1.835 Liter Ladevolumen.***



Der ŠKODA Superb. Ein erfolgreiches Unternehmen hat die wichtigsten Zahlen stets im Blick. Mit dem Superb fällt das jetzt leichter als je zuvor. Denn nicht nur mit seinem niedrigen Verbrauch und besonders geringem CO₂-Ausstoß weiß er zu überzeugen. Sondern auch durch seinen erstklassigen Fahrkomfort und sein großzügiges Kofferraumvolumen wird jede Strecke zum Gewinn. Erleben Sie selbst, wie das Firmenauto des Jahres 2011** auch für Sie hervorragende Zahlen schreibt – nicht zuletzt dank unserer attraktiven Angebote für Geschäftskunden. Informationen erhalten Sie unter unserer Business-Hotline 0 18 05/25 85 85 (0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.) oder www.skoda-auto.de

Kraftstoffverbrauch für alle verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 14,4–5,4; außerorts: 7,8–3,8; kombiniert: 10,2–4,4; CO₂-Emission kombiniert in g/km: 237–114 (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Abbildung zeigt Sonderausstattung.

*Werte bezogen auf Modellausführung GreenLine und umgeklappte Rücksitzbank.

**Superb: Mittelklasse (Import). In: FIRMENAUTO, Ausgabe 9 vom 12.08.2011.

Pakistan

UNICEF lässt die Kinder nicht allein – bitte helfen Sie mit!

Spendenkonto 300 000

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

Online spenden: www.unicef.de

6 ► INHALT



10

POLITIK

- 3 Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarman äußert sich zur aktuellen Politik
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
... sowie einige passende und unpassende Gedanken und Zitate zum Zeitgeschehen
- 8 Nach den Wahlen in NRW und S-H**
Neun verlorene Landtagswahlen in Folge, Wahlverweigerung auf breiter Front, neue historische Tiefststände für die CDU: Folgen der Sozialdemokratisierung der CDU, aber in Berlin beharrt man darauf, es handle sich um „regionale Ausrutscher“
- 10 Unter Seeräubern**
Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl hat für ein Feature über die Piratenpartei deren Bundesparteitag in Neumünster besucht. Er stieß dabei auf Überraschendes
- 12 „Die Politik hat ihre Glaubwürdigkeit untergraben“**
... meint Professor Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft in unserem Interview zur europäischen Finanzpolitik. Snower glaubt nicht, dass wir in Europa aus dem Größten raus sind.



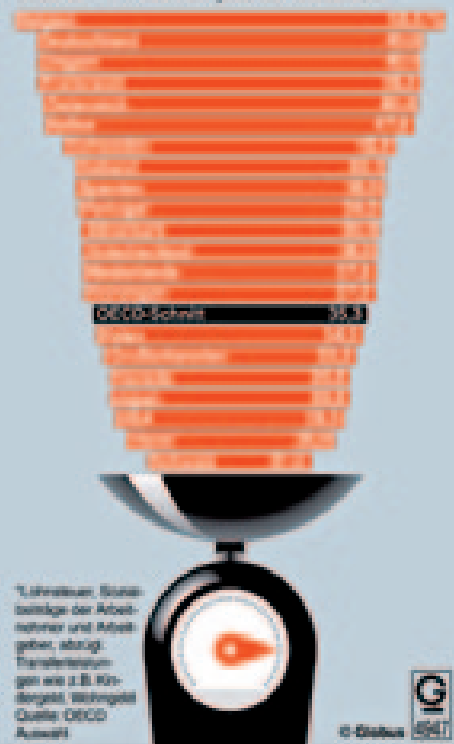
16

UNTERNEHMEN

- 16 Welche Rechtsform passt zu meinem Unternehmen?**
Die Wahl der geeigneten Rechtsform ist für jeden Gründer eine wesentliche Entscheidung mit weit reichenden Konsequenzen. Patentrezepte gibt es dabei nicht. Dorothee Gierlich, Rechtsanwältin und Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein erläutert unseren Lesern die wichtigsten Rechtsformen
- 20 Betriebliche Altersvorsorge**
Ein Thema das beide Partner angeht, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Wir sagen Ihnen, worauf es ankommt

Die Abgabenlast

„Steuern und Sozialgaben“ auf das Einkommen eines durchschnittlich verdienenden Alleinverdienenden ohne Kinder 2011 in Prozent der gesamten Arbeitskosten





20

SERVICE

- 22 AUTO-Test**
Diesmal im Test: der neue Primus der SUV-Oberklasse, der Mercedes-Benz ML
- 23 Neue Steuervorteile für Vielfahrer**
Eine geänderte Rechtslage bitte z. B. Außendienstlern neue Möglichkeiten
- 24 Mit Gutscheinen neue Kunden gewinnen**
Rabatt- und Gutscheinsysteme stehen durchaus in der Kritik, bieten aber auch Chancen für Unternehmer – falls sie es richtig anpacken
- 26 Recht im Gespräch**
Unser Leser-Anwalt und Notar Wolf-Dietrich Bartsch beantwortet Ihre Fragen
- 27 Aktuelle Urteile**



22

MIT-INSIDE

- 28 MIT-Inside**
Beschlüsse des MIT-Bundesvorstandes zu aktuellen Politikbereichen
- 29 MIT- und MU-Inside**
- 32 Namen sind Nachrichten**
- 33 Gekaufte Zeit**
Unser Autor Manfred Degen macht sich Gedanken darüber, ob wohl bald sogar die Atemluft mit einer Luxussteuer belegt wird ...
- 34 Baustelle Berlin**
Von hier berichtet MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen
- 34 Impressum**
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Mai

Wissenswertes über den Mittelstand

99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland erzielen einen Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen Euro und haben weniger als 500 Mitarbeiter – damit gehören sie zum Mittelstand. (Stand: 2009)

82 Prozent aller Auszubildenden sind in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern unter Vertrag. (Stand: 2008)

79 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Knapp 61 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern und mit bis zu 50 Millionen Euro Jahresumsatz. (Stand: 2009)

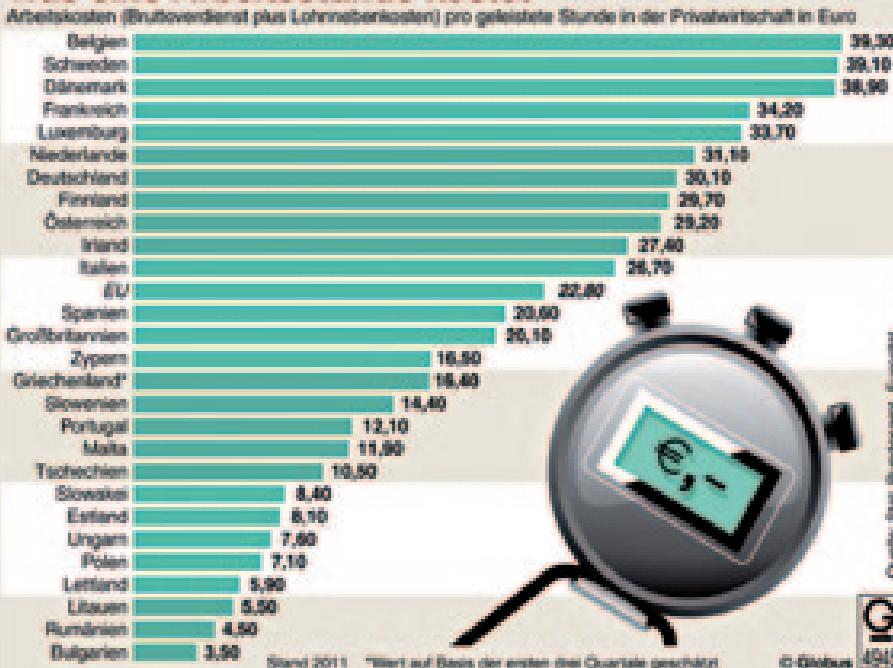
46 Prozent aller Investitionen entfallen auf Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2006)

39 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland werden von mittelständischen Unternehmen erwirtschaftet. (Stand: 2009)

Knapp 15 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfallen auf Betriebe mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, ifo Institut, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
 iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Was eine Arbeitsstunde kostet





Kanzlerin und (ehemaliger) Kronprinz: wer hat Schuld an dem Wahldebakel in NRW? Falsches Personal, falsche Politik oder beides?

NACH DEN WAHLEN IN SH UND NRW Neue Negativrekorde der CDU

Sieben Landtagswahlen in Folge hat die Union verloren, elf sind es sogar, wenn man die Stimmen von Union und FDP zusammenzählt. In Hamburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein verlor die CDU die Führung der jeweiligen Landesregierung, in Bremen die Beteiligung an der Stadtregierung. Das bitterste Wahlergebnis handelte sich die CDU in NRW ein: Dort stürzte sie am 13. Mai auf klägliche 26,3 Prozent ab, das schlechteste Ergebnis seit der Gründung der CDU in diesem ihrem Stammland. 2005 waren es noch 44,8 Prozent gewesen. Wie schafft man es, in nicht einmal sieben Jahren eine Partei um 18,5 Prozentpunkte zu verschlanken? Was muss man tun, um mehr als 40 Prozent seiner Wähler zu vergraulen? Die Antwort auf diese Frage ist, neben regionalen politischen Fehlern und personellen Schwächen, im Wesentlichen in der Politik der CDU auf Bundesebene zu finden.

Volkspartei mit 30 %?

Wie sonst kann es sein, dass bei den meisten dieser verlorenen Landtagswahlen Stammwähler der CDU sich der Union verweigern oder sich für andere Parteien entscheiden? Im kleinen Schleswig-Holstein waren es am 6. Mai 110.000, im großen Nordrhein-Westfalen am 13. Mai gleich 600.000. Das Erschreckendste: Bei den über 60-Jährigen lag der CDU-Anteil in NRW nur noch bei 35 Prozent (SPD 44 Prozent), bei den 18-24-Jährigen gleichauf mit den Piraten bei 18 Prozent. Gerade mal 26 Prozent der Selbstständigen haben die CDU gewählt (SPD: 23, FDP 19, Grüne 15, Piraten 12). Bei den Angestellten lag der CDU-Anteil nur noch bei 23 Prozent, die SPD erzielte in dieser Wählergruppe 38 Prozent. Auf die Frage, ob die CDU vor der Wahl die Wahrheit darüber sage, was sie nach der Wahl umsetzen möchte, haben 29 Prozent der in NRW Befragten mit Ja geantwortet und 69 Prozent mit Nein. Soviel zum Thema Glaubwürdigkeit.

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, wo die CDU das miserabelste Ergebnis seit

über 60 Jahren einfuhr, haben CDU und SPD zusammen 811.000 Stimmen bekommen, der Block der Nichtwähler kam auf 912.000. In NRW blieben 5,2 Mio. Wähler zu Hause, während CDU und SPD 5,1 Mio. Wähler hatten. Der Kurs der Demobilisierung und des Themenklaus bei der SPD scheint zwar die Sozialdemokraten relativ klein zu halten, lässt aber die CDU auf 30 Prozent und weniger abschmelzen – von Volkspartei keine Spur mehr. NRW hat gelehrt, dass es nur dann eine linke Mehrheit geben kann, wenn bürgerliche und konservative Wähler aus Enttäuschung über den Kurs der CDU zu Hause bleiben.

Der Kompass rotiert

Schon seit Jahren erkennen Wähler aus der bürgerlichen Mitte keinen klaren Kurs mehr bei der CDU, sind verunsichert durch stets neue Zielgruppen-Entdeckungen und erratische und nicht nachvollziehbare Politik-Schwenks. Ohne Ziel irrlüchert die CDU auf der Suche nach sozialdemokratischen Themen durch die Bundespolitik, während sich ihr kaum noch genutzter Kompass im Kreis dreht. Offenbar geht es kaum noch um Inhalte, sondern stattdessen um die eigene Machtperspektive, in einer von Bundeskanzlerin Merkel angeführten großen Koalition. Nach der NRW-Wahl kann sie sich da allerdings nicht mehr so sicher sein...

Oliver Wittke, CDU-Generalsekretär in NRW, wies auf die Defizite in der Bundespartei hin: „36 Prozent derer, die uns nicht mehr gewählt haben, führen die Wirtschaftspolitik als Grund an. Mit Friedrich Merz ist das letzte bekannte wirtschaftspolitische Gesicht der CDU verloren gegangen. Wir dürfen Themen nicht auf Integration und Energiewende beschränken, sondern müssen dafür sorgen, dass die Landwirte und Handwerker uns wieder als ihre natürliche Partei ansehen.“

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarman, der seit Jahren die Union mahnt, die bürgerliche Mitte nicht aus den Augen zu verlieren und die Stammwähler nicht aus kurz-sichtiger Effekthascherei zu verprellen, rät dringend zur thematischen Rückbesinnung auf den Mittelstand, den er so definiert: „Die bürgerliche Mitte, das sind Menschen, die arbeiten und etwas werden wollen, die Steuern zahlen, ihre Kinder erziehen und sich an die Regeln halten. Diese freiheitlich-konservative Klientel ist die schweigende Mehrheit in unserem Land.“

Günter Kohl

KOMMENTAR

Desaster in NRW

Von Prof. Bernd Mathieu

Das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war deutlich, für die CDU zu deutlich, und zwar in allen Positionen: klare Mehrheit für die SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre rot-grüne Koalition, ein nicht zu beschönigendes Debakel für den durchreisenden und schließlich durchgereichten Bundesumweltminister Norbert Röttgen und die CDU, eine überragende Bestätigung für Christian Lindner und die FDP. Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben bei dieser Wahl im Mai für ganz eindeutige Entscheidungen gesorgt.

Klar: Hannelore Kraft hat das gut gemacht und aus ihrer Sicht den richtigen und relativ unverbindlichen, dafür auf Harmonie ausgerichteten Wahlkampf geführt. Sie hat uneingeschränkt auf Sympathie und emotionale Zustimmung gesetzt, eher plakative Botschaften verkündet und gemeinsam mit ihren grünen Partnern grandios gewonnen. Das Rezept funktioniert zuweilen wie jetzt in Nordrhein-Westfalen. Ihr Haupt-Trumpf: Sie hatte, ein nicht zu unterschätzender Vorteil, einen erschreckend schwachen Gegner, der zeitweise auf hohem Ross saß. Das machte manches für Kraft einfach. Zu einfach.

Der Wahlkampf der CDU war eine furchtbare dilettantische Melange aus nicht besetzten Themen, nicht formulierten Botschaften und einem nicht ansatzweise überzeugenden Spitzenkandidaten. Diese Mischung aus falscher Strategie, mehrfach verweigerten konkreten Antworten und teilweise arroganter Überheblichkeit konnte nicht zum Erfolg führen. In den letzten Tagen der Torschlusspanik aus der NRW-Wahl dann noch mit viel Krampf und offensichtlich ohne Absprache eine Merkel-Wahl zu konstruieren, war eine rhetorische Bankrotterklärung, die ihresgleichen sucht. Der letzte Rest an Vertrauen in die Kompetenz des Spitzenkandidaten war dahin.

Warum?

Zum Beispiel die Themen Schule und Kinderbetreuung, wo die CDU durchaus etwas zu bieten gehabt hätte. Sie hat das samt und sonders vermässelt und viel zu plakativ und schlecht gemacht auf den Kinderfreund Röttgen gesetzt. Doch mit dieser Art von Emotion hatte er ausgerechnet gegen die Landesmutter Hannelore Kraft keine Chance. Das kann sie eben besser. Und: Das Thema kleine und mittlere Unternehmen, die Perspektiven von Existenzgründern, die Situation des Mittelstands: Nichts hat die CDU da besetzen können und das Feld nahezu kampfflos Christian Lindner und der FDP überlassen.

Das mickrige 26-Prozent-Resultat der CDU ist in diesem historischen Ausmaß desaströs und regelrecht peinlich. Es ist ganz gegen den Bundestrend, und damit wird eindrucksvoll die Schwäche dieses großen CDU-Landesverbandes demonstriert: das falsche Spitzenpersonal, die falsche Strategie, die falschen Durchhalteparolen.

Neubeginn: schon wieder!

Und nun: Neubeginn, wieder einmal! Die Abstände der jeweiligen Restrukturierung werden kürzer. Man wird dabei erkennen



Bernd Mathieu ist Chefredakteur der Aachener Zeitung/ Aachener Nachrichten, deren Verbreitungsgebiet zwischen Köln und der niederländisch-belgischen Grenze liegt

müssen, dass man einerseits wenig mit durchreisendem Personal wie Norbert Röttgen erreichen kann, andererseits nun den klaren Schnitt braucht, um auf Dauer eine völlig neue CDU-Truppe im Land aufzubauen. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat jedenfalls in ihrem aktuellen Zustand mit den 26 Prozent jegliche Bedeutung innerhalb der Bundes-CDU erst einmal verloren. Die CDU ist innerhalb von nur zwei Jahren von der Regierungspartei zu einer fast irrelevanten Gruppierung abgestürzt. Was für eine rasante Entwicklung!

Wie man in kurzer Zeit mit kurzen Botschaften erfolgreich Wahlkampf gestaltet, hat souverän der tatsächliche Spitzenkandidat Christian Lindner gezeigt und seine totgesagte FDP fast sensationell auf über acht Prozent gebracht. Kompliment. Er ist der unumstrittene FDP-Star, Philipp Rösler wird zurzeit nur noch geduldet. Das Ergebnis für die NRW-Liberalen zeigt, was möglich ist, wenn man konzentriert und kompetent arbeitet. Noch ein Grund für die CDU, die Schuld nicht bei anderen zu suchen, was sie bisweilen gerne tut, wenn sich die erste Schockstarre aufgelöst hat. Die Pleite in Nordrhein-Westfalen ist so eklatant, dass da nichts mehr mit rhetorischer Kosmetik erklärt werden kann.

Die CDU braucht die fünf Oppositionsjahre, um sich strategisch klug, personell versiert und inhaltlich überzeugend völlig neu aufzustellen. Sie hat die zwei Jahre seit 2010 nach der damals überraschenden Niederlage des viel zu siegessicheren Jürgen Rüttgers nicht genutzt. Im Gegenteil: Der personelle Fehlgriff Norbert Röttgen hat die Angelegenheit nur noch schlimmer gemacht. Das war nicht zu verkraften.

Angela Merkel stand diesmal nicht zur Wahl. Gefallen kann ihr das Ergebnis natürlich trotzdem nicht. Das Regieren in Berlin wird für sie ungemütlicher. Sie wird die Nerven behalten, gewiss. Aber sie muss über Optionen, Perspektiven, Personen und für die Union relevante Themen mit Alleinstellungsmerkmal noch intensiver nachdenken als bislang. Viel Zeit bleibt ihr nicht mehr.



Foto: dpa picture alliance

Unter Seeräubern

Ein Erlebnisbericht von einem Parteitag der anderen Art

„Fertig machen zum Ändern“: Mitglieder der Piratenpartei, hier auf dem Bundesparteitag in Neumünster Ende April, geben sich kämpferisch

Von Günter F. Kohl

„Hey Leute, damit das klar ist: Ihr könnt reden mit wem ihr wollt, aber autorisierte Stellungnahmen geben nur die drei Pressesprecher und der Bundesvorsitzende ab“, verkündet zu Beginn des Parteitags Aleks Lessmann als „2. Bundessprecher“ den in einer Schlange im Regen vor der Halle wartenden Journalisten. Eine Hundertschaft von ihnen ist rechtzeitig angereist zum 3. Bundesparteitag der Piratenpartei in der schleswig-holsteinischen Provinz, wo die chaotischen Spontis zwei Wochen später ihren dritten Einzug in ein Landesparlament schafften.

Diese Einstimmung sollte nicht die einzige Regieanweisung im Kommiss-Ton im Laufe dieses Parteitags bleiben. Schon gleich nach Beginn wird darüber diskutiert, die Presse auszuschließen, weil sich eine Reihe von Kameraleuten zu sehr für die vielen Laptops neben Milchtüten, Butterbroten, Fähnchen, Kabeln und dazugehörigen Piraten interessieren. Hinsetzen oder raus – das ist die Alternative einer Partei, die Transparenz, Offenheit und Diskussionskultur auf ihre nicht vorhandenen Fahnen geschrieben hat.

Autoritär und anmaßend

Apropos Diskussionskultur: Eigentlich kämpfen sie doch gegen die Obrigkeit, sehen sich als

Schwarm, als Gleiche unter Gleichen, reden sich mit „Liebe Menschen“ an und beschwören eine Art kollektiver Führung. Zu Parteitagen sind alle Mitglieder eingeladen, diesmal kamen von den 27.000 knapp 2.000, und die Stimme des Bundesvorsitzenden hat nicht mehr Gewicht als die eines neu rekrutierten Piraten. So wundert man sich doch, von den Versammlungsleiterinnen und -leitern, die ständig mit einem Stapel Zettel auf der Bühne herumwieseln und sich pausenlos beraten, gegenseitig ins Wort fallen oder sich korrigieren, Töne wie diese zu hören: „Alles hinsetzen, sofort. Hört auf, Euch im Raum zu bewegen. Wer rumläuft stimmt nicht mit ab!“ Klare Ansage, straffe bis brutale Verhandlungsführung, kein Promi-Bonus, eine strikte Redezeit-Begrenzung auf eine Minute mit gnadenloser Abmahnung bei Überschreitung und eine regelrechte Gängelung von oben, die selbst den Piraten hin und wieder reicht. „Wenn der ‚Herr Urban‘ redet, höre ich ihm nicht zu“, beschwert sich ein Mitglied, das die Anrede „Herr“ statt des vertrauten „Du“ wählt, über den Wahlleiter, der sich ob seiner arroganten Art spontan einen Abwahlenantrag einhandelt.

Auch die Kandidaten-Vorstellungen laufen bei der Piratenpartei anders als in den arrivierten Parteien. Der Parteitag entscheidet in jedem Einzelfall, ob eine Vorstellung gewünscht wird oder nicht, und dann können alle Stimmberechtigten Zettel mit je einer Frage an die Kandidaten in

bereitstehende Urnen werfen. Die Versammlungsleitung zieht dann wie bei einer Verlosung für jeden Kandidaten bis zu fünf Fragen und liest sie vor. Damit möchte man Suggestivfragen und bestellte Gefälligkeiten verhindern. Stattdessen hört man dann Fragen wie diese: „Kannst Du mir erklären, warum ich bei Dir immer das Gefühl habe, dass Du uns beschießen willst?“ oder (an einen männlichen Bewerber) „Sag uns doch einmal, warum dieses Amt, für das Du kandidierst, bei einer Frau besser aufgehoben ist als bei Dir?“

Ein Punkt für Ehrlichkeit

Qualvoll die Diskussion über eine Verlängerung der Amtszeit des Bundesvorstandes von einem Jahr auf zwei Jahre. Die einen plädieren für Kontinuität, die anderen für Praktikabilität. Denn: Bei nur einem guten halben Dutzend Vorständen ist der Arbeitsanfall gewaltig, die Fluktuation entsprechend groß, weil manch einer angesichts der Arbeitsbelastung neben seinem Beruf die Segel streicht. Das entwaffnende aber überzeugende Argument für die Ein-Jahres-Wahlzeit: „Weil so viele Leute im Vorstand hinschmeißen, haben wir nach zwei Jahren keinen mehr im Vorstand. So haben wir die Möglichkeit, jedes Jahr neu und dazu zu wählen.“ Das hat was.

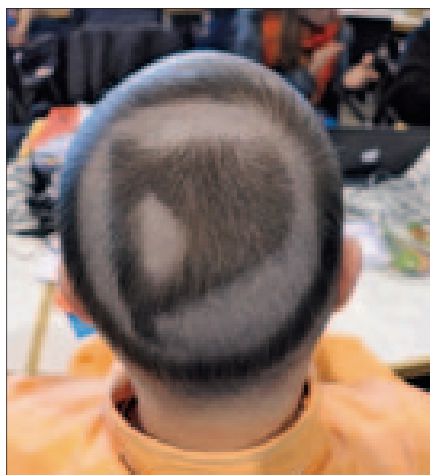
Endlose Diskussionen darüber, ob einem Vorstandsmitglied, dessen Laptop bei einer Veranstaltung gestohlen wurde, die Kosten aus der

2006 in Berlin gegründet, hat die Piratenpartei gegenwärtig rund 27.000 Mitglieder in 16 Landesverbänden und 95 Kreisverbänden in ganz Deutschland. Ihr Wachstum ist rasant und stellt die Organisation vor unüberwindbare Probleme. Seit dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus 2011 kamen 16.000 neue Mitglieder hinzu. Nach den Wahlerfolgen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen rechnet die Partei mit 40.000 Mitgliedern bis Ende 2012 (FDP 60.000, Grüne 50.000 Mitglieder). Über ihre Frauenquote machen die Piraten keine Angaben. Beobachter schätzen sie auf allenfalls 5 – 10 Prozent in der Mitgliedschaft, in den Vorständen und Parlamenten entsprechend weniger. G.K.

Parteikasse erstattet werden sollten oder ob eine Vorständlerin, die zu Sitzungen aus Großbritannien anreist, Anspruch auf Fahrtkosten-Erstattung hat. Auch so wichtige Fragen, wie die Kompetenz der über die Republik verteilten 23 Pressebeauftragten, die alle gerne ihre geistigen Ergüsse direkt ins Netz stellen möchten, bereiten den Piraten schlaflose Nächte auf ihren Iso-Matten in einer kalten Nebenhalle der Tagungsstätte.

Kein Vergleich zu den Grünen

Trotz kaum wahrnehmbarer bis chaotisch anmutender Organisation eines solchen Parteitags, der mit viel Spontaneität, rigoroser Führung, einem Schuss Selbstironie und manchmal auch mit entwaffnender Ungezwungenheit („das Mikrofon funktioniert nicht, hat mal jemand eine Rolle Leukoplast dabei?“) über die Bühne geht – unsympathisch sind sie nicht, die Piraten. Und mit den frühen Grünen zu vergleichen schon gar nicht.



Orangefarbener Pulli, das Piraten-Logo am Hinterkopf – totale Identifikation mit einer Partei, von der jedenfalls bisher niemand weiß, wofür und wogegen sie ist. Ihre Mitglieder am allerwenigsten

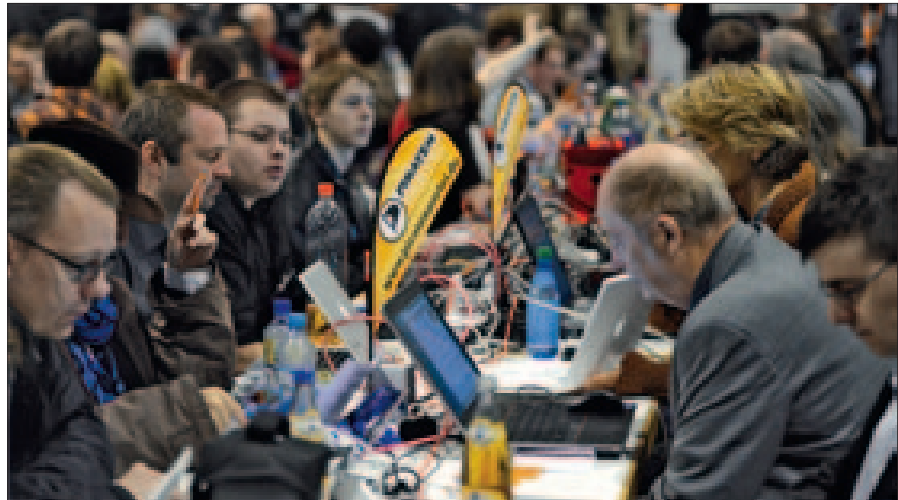


Foto: dpa picture alliance

Treffen der Piratenpartei gleichen LAN-Parties, bei denen auch jeder auf seinen Laptop stiert. Selbst das Geschehen des Parteitags auf der Bühne, das man ja live hören und sehen kann, verfolgen Piraten per Live-Stream auf dem Bildschirm

Hier sieht man keine stillenden Mütter, keine häkelnden Studienrätinnen, keine ökobewegten Wehrdienstverweigerer (der neue Bundesvorsitzende arbeitet im Verteidigungsministerium), keine ideologisch Verbohrten, verkniffenen Toleranzmuffel und keine „Atomkraft nein danke“-Buttons. Nein, die Piraten stellen sich brav in einer Schlange an, um auf Plastiktellern Currywurst mit Pommes und Ketchup, Pasta Carbonara oder Schweineschnitzel mit Bratkartoffeln zu verzehren. Dazu trinken sie Flens, Cola oder Apfelschorle. Nix mit Grünkern-Buletten, Möhren-Dip, Selleriesaft oder Brennnessel-Salat. Das sind Leute jeglichen Alters, IT-Bewegte sozusagen, von denen einige wenige allerdings den Eindruck erwecken als würden sie in ihrer manischen Computer-Besessenheit sich selbst und alles andere vergessen und dies durch eine Einsparung der Zeit für Körper- und Kleiderpflege sowie durch eine erhöhte Kalorienzufuhr kompensieren.

Nein, mit den Grünen haben diese Piraten nichts gemein; sie sehen sich weder als ihr natürlicher Verbündeter noch als ihr Gegner. Sie sind selbstbewusst, aber ohne Programm und Kompass. Sie fühlen sich frisch gestärkt und können vor lauter Kraft kaum laufen, doch ihre Führung sieht die Probleme, die kommen. Professioneller will man werden, auch programmatisch aufrüsten, Regierungsbeteiligungen nicht ausschließen. Das ist sicher klug und richtig, aber es braucht Zeit. Und sie werden ihre Unbefangenheit verlieren, die sie zurzeit noch auszeichnet. Fast möchte man sagen – leider. Sie werden ihre politische Unschuld und auch einen Teil ihrer Ideale auf dem Altar der Macht opfern.

Und in zehn Jahren sind sie wie die Grünen oder wie die „Altparteien“, über die sie sich heute noch

lustig machen, weil die so erschreckend pragmatisch sind. Aber vielleicht haben bis dahin diese Parteien von den Piraten so viel gelernt wie sie einst von den Grünen lernten. Schön wär's, denn dann bräuchten nicht mehr so viele Menschen bei Wahlen zu Hause zu bleiben. Dann gäbe es vielleicht endlich wieder eine (Aus-) Wahl – und die eine oder andere Volkspartei.

PIRATEN UND IHR AbKüFi

Abkürzungsfimmel-Glossar

Als Journalist und Seeräuber wird man ganz schnell gezwungen, sonst nie gehörte Abkürzungen zu verstehen und am Ende sogar zu lernen:

- GO-Antrag** Geschäftsordnungsantrag
- GenSek** Generalsekretär
- PolGF** Politischer Geschäftsführer
- PAV** Parteiausschlussverfahren
- BuVo** Bundesvorstand
- Lqfb** Liquid Feedback, die Kommunikationsplattform der Piraten
- Toter Baum** In der Sprache der Piraten alle analogen Datenträger, die aus Papier oder Pappe bestehen und zumeist im Buchhandel oder am Kiosk erhältlich sind – manche sagen dazu auch heute noch Bücher oder Zeitschriften
- Shit-Storm** Ein im Internet losgetretener Sturm der Entrüstung in sprachlich unflätiger Art und Weise
- Programm** Eine lt. eigener Definition ständig ausdehnende Masse an Forderungen und Ideen, welche sich in schriftlicher Form in einem jeweils aktuellen und relevanten Programmheft wiederfindet.

G.K.



Foto: Klaus Brühlheim/ pixelto.de

„Der Mittelstand hat ein großes Interesse, dass Europa sich beruhigt, erholt und wächst. Solange es die Krise gibt, tritt keine Ruhe ein“, sagt Professor Snower

„Die Politik hat ihre Glaubwürdigkeit untergraben“

Der Europäische Fiskalpakt ist unterzeichnet – aber ist damit die Schuldenkrise gelöst? Der Ökonom Dennis Snower, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, sprach mit uns darüber, welche Schritte er von der Politik erwartet, was die ungelösten Probleme für die heimischen Unternehmen bedeuten und wie Vertrauen im Euroraum wieder hergestellt werden kann.

Herr Professor Snower, zunächst die Gretchenfrage: Sollte Griechenland um jeden Preis im Euro bleiben?

Dennis Snower: Natürlich nicht um jeden Preis. Aber ich glaube, wenn Griechenland aus der Eurozone ausgeschlossen werden würde, bedeutet das riesige Gefahren für andere Euroländer. Natürlich wäre es zunächst ein Desaster für Griechenland. Aber auch die finanzielle Ansteckungsgefahr ist extrem hoch.

Nach wie vor?

Snower: Nach wie vor. Wir haben noch keine Schutzwand gebaut um die anderen Länder. Die Risikoprämien würden enorm steigen in Portugal, Italien, Ir-

land und Spanien. Wir sollten zusehen, dass wir eine Schutzwand um die anderen Länder bauen – und dass wir transparente Kriterien für die Insolvenz von Ländern erstellen.

Was heißt das konkret?

Snower: Eine Schutzwand bedeutet, dass jedes Euroland einen glaubwürdigen Fiskalplan hat, verankert in der Verfassung. Außer möglicherweise Griechenland könnte jedes Land einen Fiskalplan erstellen, der glaubwürdig zu einer Schuldenquote von 60 Prozent in den nächsten 20 Jahren führen würde.

Griechenland ist ein Spezialfall. Hier müsste die Europäische Zentralbank transparente Kriterien für die Insolvenz eines Landes entwerfen. Wenn ein Land zahlungsunfähig ist, dann darf ihm die EZB kein Geld leihen. Dann müsste es einen geordneten Abschluss geben. Ich bin sehr für Transparenz – aber die EZB hat das bisher nicht gemacht.

Was bedeutet die Eurokrise für die gewerbliche Wirtschaft, welche Effekte hat sie für den Mittelstand?

Snower: Der Mittelstand hat ein großes Interesse, dass Europa sich beruhigt, erholt und wächst. Solange es die Krise gibt, tritt keine Ruhe ein. Unsicherheit ist der Feind von Wachstum. Natürlich: Wenn der Euro während der Krise schwächer ist, ist es leichter zu exportieren. Aber dieser Aspekt ist langfristig nicht so wichtig wie der erste. Daher hat der Mittelstand ein großes Interesse an einer Lösung. Aber er ist sich auch unsicher darüber, wie man diese Lösung erkennt, wenn sie einmal da ist. Nun: Eine Lösung werden wir sehen, wenn sich alle Länder der Eurozone verpflichtet haben, eine Fiskalregel anzunehmen, welche die Schuldenquote langfristig unter 60 Prozent drückt. Außerdem brauchen wir eine Strategie der EU, die das Wachstum fördert. Das geschieht derzeit auch nicht konsequent genug.

Offenbar schont die Eurokrise die deutschen Unternehmen. Eine Momentaufnahme?

Snower: Deutschland hat ein gutes Jahr hinter sich. 2012 wird wahrscheinlich nicht so gut werden, dennoch sieht es derzeit nicht besorgniserregend aus. Doch die Lage ist insgesamt sehr unsicher. Wenn wir durch die Eurokrise eine Finanzkrise bekämen, was nicht unmöglich ist, sähe es schon anders aus. Wenn das Wachstum weltweit abflaut, was dieses Jahr möglich ist, dann würde es auch die deutsche Wirtschaft hart treffen.

Sehen Sie, auch angesichts der Geldpolitik der EZB, eine Inflationsgefahr?

Snower: Wir haben derzeit in Europa insgesamt keinen Boom. Daher ist eine Inflationsgefahr aufgrund einer zu

hohen Nachfrage nicht am Horizont erkennbar. Es ist wohl möglich, dass in Zukunft die Ressourcenpreise steigen und dass dies zu einer Inflation führt. Aber das Problem ist derzeit nicht die Inflation, sondern dass die EZB sehr viel Liquidität geschaffen hat – mit fragwürdigen Sicherheiten. Wenn es dazu kommt, dass diese Sicherheiten nicht ausreichen sollten, dann könnte die EZB in Zukunft rekapitalisiert werden müssen. Das könnte teuer werden.

Die Schuldenkrise ist ja auch eine Vertrauenskrise. Wie können die Akteure das Vertrauen wiederherstellen?

Snower: Das ist nicht leicht. Die Politik hat ihre Glaubwürdigkeit untergraben, indem sie behauptet hat, dass gewisse Maßnahmen eine Lösung seien – und dann hat sich herausgestellt, dass sie doch keine Lösung sind. Außerdem haben wir eines der fundamentalen Probleme der Bankenkrise noch nicht überwunden. Es gibt immer noch systemrelevante Banken, die *too big to fail* sind. Die haben natürlich einen Anreiz, zu viel Risiko zu erzeugen. Dieses Problem müssen wir in den Griff bekommen, und höhere Eigenkapitalquoten allein werden das nicht



Foto: ifw/ fotograf-kiel.de

Professor Ph. D. Dennis J. Snower, Jahrgang 1950, ist seit 2004 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und Professor für Volkswirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Snower wurde in Wien geboren und wuchs dort auf

leisten. Banken müssen einen Anreiz erhalten, keine systemrelevanten Risiken zu erzeugen, für die sie nicht selbst aufkommen müssen.

Deutschland hat ja auch eine Art Rettungsschirm, den Länderfinanzausgleich. Geberländer kritisieren das System. Muss es reformiert werden?

Snower: Zweifellos besteht eine viel stärkere deutsche Identität als eine europäische. Wenn der Ausgleich in Deutschland schon schwierig ist, kann man sich vorstellen, dass er mittelfristig in Europa hundertmal schwieriger sein wird. Innerhalb Deutschlands müssen wir die richtigen Anreize schaffen, so dass alle Länder gut wachsen und am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Das kann durch die Förderung von Investitionen geschehen, was zum Teil der Fall war. Wenn wir das Wachstum gleichmäßig fördern, dann wird diese Debatte nicht so scharf sein.

Fördern Mechanismen wie Rettungsschirme das Schuldenmachen, nach dem Motto „die anderen werden schon helfen“?

Snower: Wenn es nur einen Rettungsschirm gibt und keine weiteren Anreize, dann hat man natürlich einen Anreiz, Schulden zu machen. Daher ist es so wichtig, dass jedes Land einen mittelfristigen Fiskalplan hat, der die Schulden vorhersagt.

Sind wir bei der Eurokrise aus „dem Größten“ heraus?

Snower: Nein, das glaube ich nicht. Wir haben noch keine Fiskalregeln in allen Euroländern verabschiedet, die unabhängig von den Regierungen glaubwürdig implementiert sind und somit Verfassungsrang haben. Ob das wirklich geschehen wird, wissen wir nicht. Und es ist nicht gewährleistet, dass es in diese Richtung läuft.

Das Interview führte Klemens Vogel, IHK-Redaktion Lübeck

Es ist erschienen in der Ausgabe 4-2012 der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee“. Der Nachdruck erfolgte mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Info: www.ifw-kiel.de

GE Capital

Wir sind Geldgeber.
Wir sind Ratgeber.
Wir sind das **GE** in

Man braucht mehr als Geld, um ein Unternehmen zum Erfolg zu führen. Deshalb bieten wir nicht nur maßgeschneiderte Lösungen in den Bereichen Leasing, Factoring und Fuhrparkmanagement: Als Teil eines der größten Technologiekonzerne der Welt unterstützen wir unsere Kunden auch mit Fachwissen und technischem Know-how aus erster Hand. Weltweit arbeitet GE in zahlreichen Industrien von Windenergie bis Medizintechnik – kein Wunder, dass wir die Anforderungen unserer Kunden oft besser verstehen als andere Finanzdienstleister.

Fragen Sie uns: kostenlos unter 0800 30 30 367 oder auf gecapital.de

Wir sind das **GE** in



GEmeinsam.

GErmany.



GE imagination at work



Foto: Pitopia

Der Deutsche Gründerpreis belohnt und spornet junge Existenzgründer an, auf eigenen wirtschaftlichen Füßen zu stehen

DEUTSCHER GRÜNDERPREIS Die Nominierten

Die Finalisten für den Deutschen Gründerpreis 2012 stehen fest. Die endgültige Entscheidung über die Preisträger wird bei der feierlichen Preisverleihung am 26. Juni bekanntgegeben. Mit diesem Ereignis will der Deutsche Gründerpreis, die bedeutendste Auszeichnung für Unternehmer in Deutschland, die Leistungen erfolgreicher Existenzgründer anerkennen und verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

„In diesem Jahr wird das Finale besonders spannend“, sagt Nadine Helterhoff, Projektleiterin des Deutschen

Gründerpreises in Berlin. „Selten waren die Ideen so vielfältig und originell, die Branchen so unterschiedlich. Unserer hochkarätig besetzten Expertenjury wird die Entscheidung diesmal ganz besonders schwer fallen.“ Auffällig in diesem Jahr: Alle Nominierten haben im Team gegründet. „

KATEGORIE STARTUP

Die nominierten Unternehmen in der Kategorie StartUp dürfen höchstens drei Jahre alt sein und müssen ihr Konzept überdurchschnittlich erfolgreich auf dem Markt etabliert haben. In diesem Jahr gelang dies den folgenden Unternehmen ganz besonders gut:

ajax Loktechnik, Hamburg

ajax Loktechnik bietet bei der Reparatur von Dieselloks und Güterzügen einen in der Branche außergewöhnlichen Service: 24-Stunden-Notfalltelefon mit kompetenten Ansprechpartnern und Technikern, die auch abends und am Wochenende arbeiten.

ergobag, Köln

Kinder haben auf ihrem Schulweg oft viel zu tragen. Die neuartigen höhenverstellbaren Schulrucksäcke von ergobag verbinden das rückenfreundliche Tragesystem moderner Wanderrucksäcke mit der kindgerechten Gestaltung von Schulranzen.

Kochhaus, Berlin

Das „begehbbare Kochbuch“ präsentiert Lebensmittel nach Rezepten sortiert, ansprechend dekoriert und so abgepackt, dass nach dem Essen garantiert keine Reste übrig bleiben.

Sie haben es in der Hand:

Zwischen Tür und Angel
die Bestellung abschließen.



Business-Pads
ab 4,16 €*

Top-Pads im besten Netz.

Von überall auf zentrale Daten zugreifen: mit dem Samsung Galaxy Tab 10.1N oder einem anderen Pad zum Aktionspreis. Und mit dem schnellen Netz der Telekom. **Auch Ihr Unternehmen kann profitieren: Besuchen Sie unseren Business-Pad-Ratgeber im Netz.**

Information und Bestellung unter freecall 0800 33 01360, im Internet unter www.telekom.de/business-pads oder im Telekom Shop.

Erleben, was verbindet.



chip.de/netztest2011

Laut CHIP online 09/2011

Stiftung Warentest

Telekom ist Testieger

im Test „Zentrale Datenbanken“ 08/2011

mit der Gesamtnote „Sehr gut“

Note: 2,4

Auslesen im Test:

Das Telekom Netz zeigt die besten Nutzungsgewinne

bei den höchsten Datenraten bei

Stiftung Warentest 08/2011

connect

BESTES NETZ

Heft 12/2011

Laut connect Magazin 12/2011



* Alle Preise zzgl. USt. Aktionspreis bis 31.07.2012 oder solange der Vorrat reicht: Business Mobile Data M für 33,57 €/Monat statt 41,98 €/Monat in Kombination mit einem Samsung Galaxy Tab 10.1N ab 4,16 € oder einem anderen Business-Pad zum Aktionspreis. Der einmalige Bereitstellungspreis beträgt 25,17 €. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. Business Mobile Data M gilt nur im Inland mit unbegrenztem Nutzungsvolumen für ein- und ausgehende paketvermittelte Datenübertragung im Mobilfunknetz der Telekom mit bis zu max. 21,6 Mbit/s im Download. Ab einem Datenvolumen von 3 GB pro Monat wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 kbit/s (Download) und 16 kbit/s (Upload) beschränkt. Weitere Informationen erhalten Sie im Kundenservice. Die HotSpot Flatrate gilt nur an deutschen HotSpots (WLAN) der Telekom. Die Flatrate kann nicht für BlackBerry, VoIP (Voice over IP), Instant Messaging und Peer-to-Peer-Verkehre genutzt werden. Nicht in Verbindung mit MultiSIM buchbar.

KATEGORIE AUFSTEIGER

In der Kategorie Aufsteiger nominierte Firmen dürfen nicht älter als sieben Jahre sein. Sie müssen ein weit überdurchschnittliches Umsatzwachstum aufweisen und das Potenzial zur Marktführerschaft mitbringen.

CSP Services, Köln

Damit die Spiegel in Solarthermischen Kraftwerken das Sonnenlicht optimal bündeln, müssen Krümmung und Ausrichtung der großen Spiegelfelder perfekt stimmen. Die Kölner CSP Services GmbH bedient weltweit Kunden mit entsprechenden Verfahren und Systemen.

DEUTSCHER GRÜNDERPREIS:

Der Deutsche Gründerpreis ist eine Initiative von stern, den Sparkassen, ZDF und Porsche. Deutschlands bedeutendste Auszeichnung für Unternehmer wird seit 2002 in den Kategorien StartUp, Aufsteiger und Lebenswerk verliehen.
Info: www.deutscher-gruenderpreis.de

FMP Technology, Erlangen

Eine patentierte, universell einsetzbare Beschichtungsdüse, mit der dank eines eigens entwickelten Computerprogramms blitzschnell neue Beschichtungsflüssigkeiten verarbeitet werden können - diese Innovation spart in der Branche viel Geld und Zeit.

Statista, Hamburg

Bei Statista findet man zu fast jedem Wirtschaftsthema die passenden Statistiken. Schnell, einfach, verständlich aufbereitet und sofort zum Download bereit.

Welche Rechtsform passt zu mir?

Die Wahl der geeigneten Rechtsform ist für jeden Gründer eine wesentliche Entscheidung mit weit reichenden Konsequenzen. Patentrezepte gibt es dabei nicht. Dorothee Gierlich, Rechtsanwältin in der Anwaltssozietät Meyer-Köring in Bonn und Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein hat für unsere Leser die wichtigsten Rechtsformen erläutert.

Jeder Gründer hat die Möglichkeit, seinem Unternehmen eine individuell passende Rechtsform zu geben, und diese Freiheit sollte man auch nutzen. „Jede Rechtsform hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile. Man muss individuell entscheiden, welche Aspekte für das eigene Unternehmen besonders wichtig sind“, erklärt Rechtsanwältin Dorothee Gierlich.

Einzelunternehmung (EU) / Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Was ist es? Jeder, der unternehmerisch tätig wird, ist Einzelunternehmer, wenn er nicht aktiv eine andere Rechtsform wählt. Führt man einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Gewerbebetrieb, hat man den Status des Kaufmanns

und muss sich in das Handelsregister eintragen lassen. Arbeiten zwei oder mehrere Unternehmer zusammen, so sind sie damit ohne jede Formalitäten in der Rechtsform der GbR gemeinsam tätig. Wenn die GbR einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Gewerbebetrieb betreibt, wird sie zur offenen Handelsgesellschaft (oHG).
Vorteile: Abgesehen von der gegebenenfalls notwendigen Gewerbeanmeldung kein Gründungsaufwand. Zur Buchführung reicht die Einnahme-Überschussrechnung.
Nachteile: Volle (gesamtschuldnerische) Haftung mit dem gesamten Privatvermögen für Verbindlichkeiten des Unternehmens. Bei der GbR haften die Gesellschafter auch noch fünf Jahre nach dem Ausscheiden aus der GbR für die vormals begründeten Verbindlichkeiten.
Steuern: Soweit nichts Abweichendes vereinbart ist, wird der Gewinn der GbR unter den Gesellschaftern nach Köpfen verteilt. Jeder Gesellschafter muss seinen Anteil individuell im Rahmen seiner persönlichen Einkommensteuererklärung versteuern. Umsätze sind in der Regel umsatzsteuerpflichtig und gegebenenfalls gewerbesteuerpflichtig.
Für wen? Unternehmen mit geringen Haftungsrisiken.

Stolpersteine auf dem Weg in die Selbstständigkeit

Von je 100 Existenzgründern, die sich im Jahr 2011 an eine IHK-Gründungsberatung gewendet haben, hatten so viele...

**Kommanditgesellschaft (KG)**

Was ist es? Eine Personengesellschaft, die aus mindestens einem unbeschränkt haftenden Gesellschafter (Komplementär) und mindestens einem beschränkt haftenden Gesellschafter (Kommanditist) gebildet wird. Die KG wird im Handelsregister eingetragen. Der Kommanditist haftet nur mit der Einlage, die im Handelsregister als so genannte Haftsumme eingetragen ist. Der Komplementär führt die Geschäfte und haftet mit seinem gesamten privaten Vermögen. Der Kommanditist hat üblicherweise nur Mitspracherechte.

Vorteile: Keine Mindesteinlage nötig. Begrenzte Haftung für den Kommanditisten. Der Gesellschaftsvertrag oder dessen Änderungen müssen nicht notariell beurkundet werden, sofern keine Grundstücke in das Gesellschaftsvermögen eingebracht werden.

Nachteile: Komplementäre haften unbeschränkt mit ihrem gesamten privaten Vermögen. Doppelte Buchführungspflicht (Pflicht zur Bilanzierung).

Steuern: Es handelt sich um eine Personengesellschaft, deshalb ist die KG nicht körperschaftsteuerpflichtig. Der Gewinn wird entsprechend den Gesellschaftsanteilen der Gesellschafter aufgeteilt und muss von diesen individuell versteuert werden. Die Umsätze der KG sind in der Regel umsatzsteuerpflichtig und gegebenenfalls gewerbesteuerpflichtig.

Für wen? Für gewerblich tätige Unternehmer sowie insbesondere für Unternehmerfamilien, die

Familienmitglieder beteiligen wollen, die aber keiner persönlichen Haftung ausgesetzt sein sollen.

GmbH

Was ist es? Eine Kapitalgesellschaft mit mindestens einem Gesellschafter. Die Geschäftsführung der GmbH kann in der Hand eines oder aller Gesellschafter liegen. Alternativ dazu kann auch jemand, der nicht Gesellschafter der GmbH ist, zum Geschäftsführer bestellt werden. Die GmbH wird ins Handelsregister eingetragen.

Vorteile: Keine persönliche Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der GmbH, die Haftung ist auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt. Im Rahmen der Gründung muss nur die Hälfte des Mindeststammkapitals eingezahlt werden. Allerdings haftet der Geschäftsführer für Fehler und Pflichtverstöße im Rahmen seiner Amtsführung persönlich. Die Vergütungen, die die GmbH an die Geschäftsführer zahlt, sind Betriebsausgaben und mindern den Gewinn.

Nachteile: Relativ hoher Aufwand bei der Gründung (gesetzlich vorgeschriebenes Mindeststammkapital 25.000 €). Die GmbH ist bilanzpflichtig und gewerbesteuerpflichtig (auch bei Freiberuflern). Gesellschaftsvertrag oder Änderungen des Gesellschaftsvertrags bedürfen der notariellen Beurkundung (Notarkosten).

Steuern: Die GmbH ist als Kapitalgesellschaft körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig. Die Gewinne werden den Gesellschaftern als Gewinne aus Kapitalvermögen zugerechnet. Geschäftsführer versteuern ihr Gehalt als Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit. Die Umsätze der GmbH sind in der Regel umsatzsteuerpflichtig.

Für wen? Gründungen, bei denen hohe Haftungsrisiken bestehen.

Unternehmergesellschaft (UG) haftungsbeschränkt

Was ist es? Eine „Mini-GmbH“

Vorteile: Wie GmbH, aber Mindesteinlage nur ein Euro

Nachteile: Wie GmbH, Pflicht zur Rücklagenbildung, bis das für die GmbH gesetzlich vorgeschriebene Mindeststammkapital von 25.000 Euro aufgebracht ist. Unter Umständen negative Außenwirkung des Firmenzusatzes „UG“.

Steuern: wie GmbH

Für wen? wie GmbH

GmbH & Co. KG

Was ist es? Die GmbH & Co. KG ist eine besondere Form der KG, bei der eine GmbH als Komplementär fungiert. Dadurch wird die unbeschränkte Haftung des Komplementärs, vereinfacht gesagt, auf das Stammkapital der GmbH begrenzt. Die GmbH & Co. KG wird in das Handelsregister eingetragen.

Vorteile: Haftungsbeschränkung der GmbH, kombiniert mit Steuervorteilen der KG. Der GmbH-Vertrag ist beurkundungspflichtig.

Nachteile: Relativ hoher Gründungsaufwand. Für die GmbH muss ein Mindestkapital von 25.000 Euro aufgewendet werden. Zwei Jahresabschlüsse (Bilanzen) nötig; eine für die GmbH, eine für die KG, Veröffentlichungspflicht

Steuern: Nur die Gewinne der GmbH sind körperschaftsteuerpflichtig. Die Gewinne der KG werden auf der Ebene des Gesellschafters im Rahmen der Einkommensteuererklärung, bei der Komplementär-GmbH im Rahmen der Körperschaftsteuererklärung versteuert. Die GmbH ist immer gewerbesteuerpflichtig. Die KG nur dann, wenn sie eine gewerbliche Tätigkeit zum Unternehmensgegenstand hat, also z. B. nicht für Freiberufler.

Für wen? wie GmbH

INTERVIEW

„Man sollte sich unbedingt beraten lassen“

Warum ist die Wahl der richtigen Rechtsform so wichtig? MIT sprach mit Dorothee Gierlich, Rechtsanwältin in der Anwaltssozietät Meyer-Köring in Bonn und Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein.

Welche Rechtsform ist für Gründer besonders geeignet?

Dorothee Gierlich: Pauschal lässt sich dies leider nicht beantworten. Die Wahl der Rechtsform ist nicht selten eine sehr persönliche Entscheidung und hängt von vielen Faktoren ab. Es ist eine Einzelfallentscheidung, die gut überlegt sein will und bei der man sich fachlich versiert beraten lassen sollte.

Sollte man nicht erst einmal abwarten, ob das Unternehmen überhaupt läuft? Man kann die Rechtsform doch jederzeit ändern.

Gierlich: Ja, eine Änderung der Rechtsform kann grundsätzlich auch noch zu einem späteren Zeitpunkt, also nach der Gründung, vorgenommen werden. Allerdings kostet jede Änderung Zeit und Geld. Hinzu kommt, dass die ursprünglich gewählte Rechtsform hinsichtlich ihrer Rechtsfolgen oft erst hinterfragt wird, wenn es im Unternehmen bereits Probleme oder Unstimmigkeiten gibt. Dann ist es naturgemäß schwierig, Regelungen „nachzuholen“.

Welche Fehler werden Ihrer Erfahrung nach häufig gemacht?

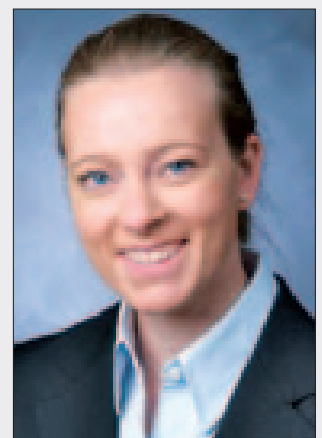
Gierlich: Nicht selten wird bei der Gründung eine für das betreffende Unternehmen ungeeig-

nete Rechtsform gewählt. Daraus können beispielsweise unnötige Haftungsrisiken für die Gründer oder steuerliche Nachteile resultieren, aber auch Probleme bei der Auseinandersetzung mit Mitgesellschaftern. Häufig sind die bei der Gründung verwendeten Gesellschaftsverträge zu wenig individualisiert. Aspekte wie Regelungen zur Durchführung einer Gesellschafterversammlung oder die Voraussetzungen für die Anfechtung von Beschlüssen sollten nicht unterschätzt werden.

Mit welchen Kosten muss man denn rechnen?

Gierlich: Das hängt natürlich vom individuellen Regelungsbedarf ab. Gründer können die notwendigen Informationen direkt bei ihrem Rechtsanwalt erfragen. Im Einzelfall können sich die Kosten der gesellschaftsrechtlichen Beratung auf mehrere Tausend Euro belaufen. Betroffene sollten die ihnen entstehenden Beratungskosten jedoch, wie auch die übrigen Gründungskosten, als Investition in ihre Unternehmung betrachten.

Silke Becker



Dorothee Gierlich, Rechtsanwältin in Bonn



Foto: Bilderbox

BETRIEBLICHE ALTERSSICHERUNG: Arbeitgeber hat die Wahl

In Zukunft wird die Rente kaum noch für einen auskömmlichen Lebensabend reichen. Eine betriebliche Altersvorsorge kann helfen, die Lücke zu schließen

Jeder Mitarbeiter hat seit 2001 das Recht auf eine betriebliche Altersvorsorge - der Arbeitgeber muss also entsprechende Angebote machen. Davon profitiert nicht nur das Personal, sondern auch das Unternehmen: Es erhöht die Mitarbeiterbindung und spart bares Geld.

Jeder Berufstätige weiß, dass seine gesetzliche Rente alleine nicht mehr reichen wird. Zusätzliche Vorsorge ist also unabdingbar. Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern dabei helfen, erfüllen nicht nur ihre gesetzliche Pflicht, sondern verbessern auch die Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Außerdem spart das Unternehmen durch die betriebliche Altersversorgung bares Geld. Der Dreh daran: Die Aufwendungen für die Alterssicherung werden direkt vom Bruttogehalt abgezogen und sind bis 2.688 Euro steuer- und sozialabgabenfrei. Zusätzlich sind 1.800 Euro pro Jahr steuerfrei, aber sozialabgabenpflichtig. Wenn also beispielsweise nur zehn Mitarbeiter die Maximalsumme von 2.688 Euro pro Jahr in die betriebliche Altersvorsorge stecken, spart das Unternehmen überschlägig fast 6.000 Euro Sozialabgaben.

Zuschlag vom Chef

Erfahrungsgemäß finden die Mitarbeiter eine betriebliche Zusatzrente deutlich attraktiver, wenn das Unternehmen etwas drauflegt. Manche Experten kalkulieren dabei, dass sich

die Nachfrage nach solchen Angeboten durch den Zuschlag vom Chef sogar verdreifacht. Um diesen Effekt zu erreichen, muss die Firma kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Es reicht schon, wenn man die eingesparten Sozialabgaben ganz oder teilweise als Zuschuss an die Arbeitnehmer weiterreicht: Wer beispielsweise die Hälfte der eingesparten Sozialabgaben drauflegt, spart über die größere Anzahl der Sparer insgesamt mehr Geld als ohne solche Zuschüsse.

Ein wenig Überzeugungsarbeit ist dabei allerdings nötig, da speziell in kleineren Unternehmen viele Mitarbeiter nicht so genau über das Thema Bescheid wissen. Die Argumentation dürfte in vielen Fällen einfach sein, denn der Sparvertrag nützt auch dem Mitarbeiter: Die zusätzliche Rente im Alter gibt es nämlich für kleines Geld: Ein Durchschnittsverdiener der beispielsweise rund 200 Euro brutto in eine betriebliche Altersvorsorge steckt, hat nach Angaben von Stiftung Warentest nur rund 100 Euro netto weniger im Geldbeutel. Außerdem sind die Renditen, so haben die Verbraucherschützer berechnet, häufig höher als bei einer privat abgeschlossenen Versicherung. Es ist auch möglich, Leistungen für die betriebliche Alterssicherung zu verwenden, die das Unternehmen sowieso zahlt, wie etwa vermögenswirksame Leistungen oder Urlaubsgeld.

Haftungsrisiken vermeiden

Aber Achtung! Das Unternehmen haftet für

die erteilte Versorgungszusage. Folglich sind Sicherungsmaßnahmen empfehlenswert, damit die versprochene Rente auf jeden Fall gezahlt werden kann. Außerdem ist der Arbeitgeber verpflichtet, seine Leute über die Konsequenzen der betrieblichen Altersversorgung aufzuklären. Beispielsweise fällt ja durch die Sozialabgabenfreiheit die gesetzliche Rente niedriger aus und die Betriebsrente ist im Alter steuer- und sozialabgabenpflichtig.

Bei der Wahl des passenden Sparprodukts hat der Arbeitgeber die volle Entscheidungsfreiheit. Dabei stehen fünf Möglichkeiten zur Auswahl (siehe Kasten). Einige Versicherungskonzerne, wie beispielsweise die R+V, bieten nicht nur die klassischen Versicherungen an, sondern haben sämtliche Formen im Portfolio. Größere Unternehmen können ihren Leuten das ganze Spektrum anbieten, kleinere sollten sich wegen des Verwaltungsaufwand besser auf ein oder zwei Angebote beschränken.

Die fünf möglichen Formen der betrieblichen Alterssicherung

Direktzusage:

Hier zahlt das Unternehmen die Rente selbst aus und muss dafür Rückstellungen bilden, die in der Bilanz ausgewiesen werden.

Direktversicherungen:

Dabei schließt die Firma eine Lebensversicherung zu Gunsten des Arbeitnehmers ab.

Pensionskassen:

Das sind Versicherungsunternehmen, die ausschließlich Alterssicherungsleistungen anbieten. Klassisch sind sie als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit konzipiert. Alternativ gibt es sie auch als Aktiengesellschaften, die in der Regel zu den gleichnamigen Versicherungsgesellschaften gehören.

Pensionsfonds:

Sie sind ähnlich wie Pensionskassen rechtlich selbstständig, allerdings dürfen sie das gesamte Geld in Aktien anlegen.

Unterstützungskassen:

Unterstützungskassen werden von einem oder mehreren Unternehmen finanziert und firmieren als Stiftung, GmbH oder als eingetragener Verein. Sie sind bei der Wahl Kapitalanlage nicht eingeschränkt und unterliegen nicht der Versicherungsaufsicht.

IHR + AN VORTEILE SICHERN

Jetzt abschließen und langfristig von unterschiedlichen Tarifen für SIE und IHN profitieren.



Am 21.12.2012 kommt Unisex.
Jetzt informieren!

Profitieren Sie vom kleinen Unterschied. Unisex bedeutet, dass Versicherungen bei der Kalkulation der Tarife keinen Unterschied mehr zwischen Frauen und Männern machen. Informieren Sie sich jetzt unter www.ruv.de und sichern Sie sich langfristig Vorteile!

AUTO-TEST

NEUER PRIMUS in der SUV-OBERKLASSE

Im dritten Anlauf hat der Mercedes ML es an die Spitze geschafft



Edel-exklusiv und sportlich-modern – die neue M-Klasse von Mercedes

Die dritte Generation der M-Klasse von Mercedes-Benz setzt neue Maßstäbe in der SUV-Welt. Besonders beeindruckend sind die niedrigen Verbrauchs- und Emissionswerte. Die gesamte Modellpalette konsumiert im Vergleich zum Vorgänger durchschnittlich 25 Prozent weniger Kraftstoff. Herausragend dabei ist der ML 250 BlueTEC 4MATIC, der nach Werksangaben mit einer Tankfüllung bis zu 1.500 Kilometer weit reisen kann. Zudem besticht der ML durch den permanenten Allradantrieb 4MATIC, neue Fahrwerkentwicklungen und innovative Fahrdynamiksysteme, die sowohl den Onroad- wie Offroadeinsatz verbessern.

Autobild ließ den neuen ML gegen seine Konkurrenten, den BMW X5 und den VW Touareg antreten und erklärte ihn prompt zum Sieger: Er sei ein SUV, der versuche, neben seinen anderen Stärken auch noch politisch korrekt zu sein. Nur er biete optimale Sicherheitsvorsorgen, und nur er erfülle die ultra strenge EU-6-Abgasnorm.

Deutlich weniger Verbrauch

Im ML 250 BlueTEC ersetzt das unter anderem aus der S-Klasse bekannte Vierzylinder-Sparwunder mit EU-6-Niveau den 3,0-Liter-V6 des Vorgängers. Im ML 350 BlueTEC kommt ein umfassend überarbeiteter 3,0-Liter-V6 zum Einsatz, der ebenfalls die EU-6-Norm unterbietet und bei deutlich reduziertem Verbrauch erheblich

bessere Fahrleistungen bietet. Das Benzin-Modell ML 350 4MATIC hingegen überzeugt mit der Technik der neuen Motorengeneration.

Neben der hochmodernen Motorentechnik unterstützt ein umfangreiches Maßnahmenpaket die verbesserte Kraftstoffökonomie. Dazu gehört neben der serienmäßigen Start-Stopp-Funktion das neue siebenstufige Automatikgetriebe. Als verbrauchssenkend erweisen sich auch die reibleistungsminimierten Achsengetriebe, die Elektrolenkung und rollwiderstandsreduzierte Reifen. Durch intelligenten Leichtbau konnte zudem die Gewichtsspirale gestoppt werden.

Hohes Maß an Sicherheit

Hoher Komfort, dynamisches Handling onroad und hervorragende Offroad-Fähigkeiten bietet bereits die Serienausstattung der neuen M-Klasse. Erstmals verfügt das Fahrwerk der M-Klasse mit Stahlfederung über eine selektive Dämpfung. Bei normaler Fahrt über mäßig konturierte Straßen oder bei langsamen Geländetouren spricht das System weich an und fördert so das Wohlbefinden der Insassen und die Geländegängigkeit.

Bei der neuen M-Klasse wurde ein ganzheitliches Sicherheitskonzept umgesetzt. Die hoch stabile Fahrgastzelle der M-Klasse bildet gemeinsam mit den vorderen und hinteren Verformungszonen ein effizientes Fundament für die Insassenschutzsysteme. Bis zu neun Airbags, die je nach Unfallart und Unfallschwere bedarfsgerecht

aktiviert werden, können die Belastung der Insassen reduzieren.

In Ergänzung zu den Systemen der aktiven Sicherheit wie dem serienmäßigen Brems-Assistenten BAS oder dem optionalen BAS PLUS, die einen Unfall vermeiden oder die Unfallschwere mindern können, wurden die passiven Maßnahmen des Fußgängerschutzes bei der neuen M-Klasse weiter verbessert. Dazu kommen die aus der S- und E-Klasse bekannten Assistenzsysteme wie Müdigkeitserkennung, ein vorausschauendes Sicherheitssystem, die Reifendruckverlust-Warnung sowie das Adaptive Bremslicht. Auf Wunsch sind weitere Systeme erhältlich, z.B. spezifische Lichtfunktionen, Nachtsicht-Assistent mit Personenerkennung, Geschwindigkeitslimit-, Spurhalte-, Totwinkel- und Park-Assistent sowie die Rückfahrkamera.

Hohe Benutzerfreundlichkeit

Das Designkonzept des Interieurs verbindet auf Anhieb sichtbar ein authentisches SUV-Erlebnis mit den Wohlgefühlqualitäten einer hochwertigen Mercedes-Benz Limousine. Das Interieur der neuen M-Klasse erhält ein eher edel-exklusives oder ein sportlich-modernes Gesicht. In den seitlichen Zierelementen sind Türöffner sowie Sitzverstellungsschalter eingelassen.

Das moderne Kombi-Instrument mit zwei klar gezeichneten und leicht ablesbaren Rundinstrumenten und einem großen 11,4-cm-Display sowie in der Fahrzeugmitte der große COMAND-Bildschirm genügen höchsten Ansprüchen an die Benutzerfreundlichkeit. Infotainment, Navigation und Kommunikation lassen sich mit dem auf der Mittelkonsole positionierten Controller in Metallausführung intuitiv und sehr einfach bedienen. Die Sitze der neuen M-Klasse sind für hohen Langstreckenkomfort und bestmöglichen Seitenhalt ausgelegt. Alle wichtigen Parameter lassen sich elektrisch einstellen. Werden beide hinteren Lehnen und zusätzlich die Sitzflächen nach vorne geklappt, entsteht ein ebener Laderaum mit einem Ladevolumen von 2010 Litern bis zum Dachhimmel.

Serienmäßig bietet die neue M-Klasse das System Audio 20 CD, das ein Radio mit Doppel-Tuner, Farbdisplay mit 14,7 cm Display-Diagonale, MP3/WMA/AAC-fähiges CD-Laufwerk, eine USB-Schnittstelle mit CD-Cover-Anzeige, einen AUX-IN-Anschluss in der Mittelarmlehne sowie eine Telefontastatur umfasst. Die Bluetooth-Schnittstelle erlaubt eine Freisprechfunktion und Audio Streaming für die Musikübertragung.

G. K.

REISEKOSTEN

Neue Steuervorteile für Vielfahrer



Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofes gibt es neue Steuervorteile für Vielfahrer mit verschiedenen Einsatzorten

Wer beruflich viel unterwegs ist, kann Reisekosten jetzt wieder in größerem Umfang steuerlich geltend machen. Von den Neuerungen profitieren neben Leiharbeitern, Außendienstlern oder Heimarbeitern auch Führungskräfte, die mehrere Filialen betreuen. Für Unternehmen wird die Abrechnung von Reisekosten deutlich einfacher. Der Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e.V. (BVBC) empfiehlt, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Vorteile auszuschöpfen.

Bisher ging die Finanzverwaltung bei wechselnden Einsatzorten auch von mehreren regelmäßigen Arbeitsstätten aus. Infolgedessen konnten Arbeitnehmer für Fahrten mit dem Privat-Pkw nur die Pendlerpauschale von 30 Cent pro Entfernungskilometer als Werbungskosten ansetzen. Bei Nutzung eines Dienstwagens fiel für alle Fahrten zwischen Wohnung und den regelmäßigen Arbeitsstätten zusätzlich Lohnsteuer an. Kürzlich hat der Bundesfinanzhof in drei Entscheidungen klargestellt, dass Arbeitnehmer maximal eine regelmäßige Arbeitsstätte haben (BFH, Az. VI R 55/10, VI R 36/10, VI R 58/09). Diese bestimmt sich danach, wo der Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit des Arbeitnehmers liegt. Fahrten zu anderen Einsatzstellen gel-

ten als Dienstreisen. Vorteile für Arbeitnehmer: Sie können für Dienstreisen mit dem Privatwagen jeden gefahrenen Kilometer - also für die Hin- und Rückfahrt - steuerlich geltend machen. Dienstreisen lösen keine Lohnsteuer aus. Zudem lassen sich Verpflegungskosten von bis zu 24 Euro täglich geltend machen. Vorteile für Arbeitgeber: Die komplizierte Abgrenzung zwischen Anfahrten und Dienstreisen ist passé, die Lohnbuchhaltung wird erheblich vereinfacht.

Die Änderungen im Reisekostenrecht gelten für alle steuerlich nicht veranlagten Zeiträume. „Vielfahrer sollten gegen nicht bestandskräftige Steuerbescheide Einspruch einlegen“, empfiehlt Bilanzbuchhalterin Angelika Hilgers. In jedem Fall sollten die Neuerungen in der Steuererklärung 2011 berücksichtigt werden. „Besonders hoch sind die Steuervorteile, wenn Arbeitnehmer den Fiskus davon überzeugen können, dass sie gar keine regelmäßige Arbeitsstätte haben“, sagt BVBC-Spezialistin Hilgers. Sobald der Arbeitnehmer 20 Prozent seiner vereinbarten Arbeitszeit oder einen ganzen Tag pro Woche in einer betrieblichen Einrichtung verbringt, unterstellt der Fiskus allerdings eine regelmäßige Arbeitsstätte.

GESUNDES TRINKWASSER IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Im Trinkwasser-Leitungsnetz hinter dem Wasserzähler lauern aus vielerlei Gründen durchaus Gesundheitsgefahren. Neben gefährlichen Bakterien wie Legionellen, die aufgrund von Stagnation, geringem Wasserverbrauch oder niedrigen Wassertemperaturen optimale Bedingungen für die Fortpflanzung vorfinden, werden von bestimmten Materialien auch chemische Stoffe wie die Metalle Kupfer, Nickel, Blei und Cadmium in unzulässigen Konzentrationen an das Trinkwasser abgegeben. Die Änderungen der Trinkwasserverordnung betreffen im Wesentlichen neue Prüf- und Meldepflichten für sogenannte Großanlagen zur Trinkwassererwärmung in gewerblich genutzten Gebäuden. Unter gewerblicher Nutzung wird vom Gesetzgeber auch die Vermietung von Wohnraum gesehen, so dass insbesondere die Wohnungswirtschaft die neuen Anforderungen umsetzen muss. Hier die wichtigsten:

- Jährliche Überprüfung von zentralen Warmwassererwärmungssystemen auf die Bakterienart Legionellen. Hierzu sind Proben an Speichern sowie an solchen Entnahmestellen zu ziehen, an welchen das Wasser vernebelt wird, z.B. an Duschen.
- Für Legionellen wurde ein so genannter Technischer Maßnahmewert von max. 100 KBE/100 ml (koloniebildende Einheiten; ein biologischer Messwert) gesetzlich festgeschrieben. Das Erreichen oder Überschreiten dieses Maßnahmewertes muss dem zuständigen Gesundheitsamt als Aufsichtsbehörde unverzüglich angezeigt werden.
- Die Verbraucher sind jährlich über die Trinkwasserqualität im Gebäude auf geeignete Weise, durch Aushang oder schriftliche Mitteilung, zu informieren.

Die Untersuchungen dürfen nur in dafür zugelassenen Laboren vorgenommen werden. Adressen bekommt man im Internet in einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes (<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3983.pdf>). Jedes in Deutschland ansässige und zugelassene Labor ist bundesweit untersuchungsberechtigt. Ratsam ist es auch, einen Fachinstallateur zu beauftragen.

Robert Priller

Mit Gutscheinen neue Kunden gewinnen



Rabatt- und Gutscheinsysteme stehen durchaus in der Kritik. Sie bergen aber auch Chancen für Unternehmer, die es richtig anpacken

Von Hans-Jürgen Borchardt

Die Methode ist altbekannt. Es werden Gutscheine ausgegeben, die zu einem späteren Zeitpunkt eingelöst werden können. Das war in der Vergangenheit nicht besonders attraktiv, weil die Ausgabe der Gutscheine im Allgemeinen an die eigenen Kunden in Form von Geschenkgutscheinen erfolgte. Damit dienten diese Gutscheine im Wesentlichen der Umsatzsteigerung.

Mit dem Internet hat sich die Situation jedoch geändert. Mit neuen Ideen und den Möglichkeiten, die das Netz bietet, hat sich das Geschäft mit den Gutscheinen gewandelt. Aus dem Geschenk-Gutschein von damals hat sich ein Konzept zur Kundengewinnung entwickelt. Die Gutscheine werden jetzt nicht mehr direkt vom Unternehmen an die Kunden ausgegeben, sondern durch einen professionellen Gutschein-Dealer (Vermarkter) an einen großen Interessentenkreis versendet.

Grundlage eines Angebotes durch einen Gutschein-Dealer ist immer ein zeitlich be-

grenzter Preisnachlass. Dabei unterscheidet man zwei unterschiedliche Angebotsformen:

- 1. Gutscheine mit einem hohen Preisnachlass für Produkte oder Leistungen nach freier Wahl.**

Beispiel: Anbieter wie www.gutscheine.de oder www.gutscheinrabatt.eu oder www.melsungenieten-online.de oder www.gutschein-codes.de bieten Warengutscheine der verschiedensten Unternehmen an. Das beginnt bei A wie Apotheken, geht über H wie Hotel, R wie Reisen bis Z wie Zeitungen bzw. Zeitschriften.

Diese Gutscheinangebote gelten überregional und sind überwiegend zeitlich begrenzt. Damit sind diese Portale eine Fundgrube für Schnäppchenjäger. Überraschend ist, dass unter den Anbietern viele Marken und Versandhäuser zu finden sind.

- 2. Zeitlich und regional begrenzte Gutscheine für ein (exakt) beschriebenes Angebot.**

Diese Angebote konzentrierten sich in der Vergangenheit überwiegend auf Dienstleistungen und ausgewählte Produkte mit einem Preisnachlass von mindestens 50

Prozent. Relativ neu ist, dass inzwischen auch das Handwerk diese Möglichkeit der Vermarktung nutzen kann.

„Erfinder“ und Marktführer auf diesem Gebiet ist die amerikanische Groupon Inc. Sie gibt an, dass sie in 47 Ländern aktiv ist und weltweit über 143 Millionen registrierte Nutzer hat. In Deutschland wird dieses Geschäftsmodell in diesem Jahr wohl einen neuen Kumulationspunkt erreichen, weil Groupon und die Deutsche Telekom eine Zusammenarbeit beschlossen haben.

Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



Auf Grund des Erfolges, den das Unternehmen in den vergangenen Jahren hatte, sind in Deutschland in vielen Städten Wettbewerber wie www.oecherdeal.de, www.preisgenial.de, www.dailydeal.de, www.westdeal.de, www.Qipedeals.de etc. entstanden.

Für die Leistungserbringer (Unternehmen) ist diese Entwicklung positiv, denn durch den entstandenen Wettbewerb haben sich die Konditionen für sie verbessert.

Dieses Angebot ist für all jene Betriebe interessant, die ihren Kundenkreis erweitern wollen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um etablierte Betriebe oder um Existenzgründer handelt. Sie können sich auf der regionalen Plattform des Gutschein-Dealers einer breiten Öffentlichkeit mit ihrem Angebot vorstellen und so ihren Bekanntheitsgrad nachhaltig steigern. Für etablierte Betriebe sind diese regionalen Gutschein-Portale dann interessant, wenn Neukunden gewonnen werden sollen.

Der besondere Vorteil für alle Leistungsanbieter ist, dass sie nicht mit hohen Werbekosten in Vorlage gehen müssen. Statt Anzeigen, Banner oder andere Werbemittel zu finanzieren, müssen sie „nur“ verbilligte Eigenleistungen erbringen.

Und so funktioniert das Geschäft mit den Gutschein-Angeboten

Der Leistungserbringer, also der Betrieb, überlegt, mit welchem Angebot er möglichst viele Besteller bzw. Käufer gewinnen will. Dieses Angebot wird über den Gutschein-Dealer auf dessen Homepage bzw. über seinen Newsletter-Versand einer großen Zahl von Empfängern in der Stadt bzw. in der Region vorgestellt. In den meisten Fällen nur 24 Stunden.

Interessenten, die dieses Angebot nutzen wollen, kaufen den Gutschein beim Gutschein-Dealer. Bedingung für die Realisierung des Deals ist, dass eine im Voraus bestimmte Zahl von Aufträgen erreicht werden muss und dass sie den Gutschein innerhalb einer bestimmten Frist einlösen müssen. Wird die vorher festgelegte Anzahl von Gutscheinen verkauft, muss der Anbieter sein Angebot realisieren. Wird die festgelegte Mindestanzahl an Gutscheinen nicht verkauft, verfällt das Angebot ersatzlos.

Käufer die einen Gutschein erworben haben, diesen aber nicht realisieren können, weil die festgelegte Anzahl von Abnehmern nicht erreicht wurde, erhalten ihr eingezahltes Geld vom Gutschein-Dealer zurück.

Damit ergeben sich für den Leistungserbringer zwei Möglichkeiten:

1. Vom Gutschein-Dealer werden ausreichend Gutscheine für die angebotene Leistung verkauft. In diesem Fall muss das Angebot erfüllt werden. Ist die Leistung erbracht, erfolgt die Bezahlung vom Gutschein-Dealer. Dafür muss der Leistungserbringer den vom Vermarkter erstellten Gutschein einreichen.
2. Die vorher festgelegte Anzahl von Gutscheinen wird nicht verkauft. In diesem Fall verfällt das Angebot ersatzlos. Die Erarbeitung und die Präsentation des Angebots waren für den Betrieb umsonst.

Was Sie wissen müssen

- ▶ Groupon und andere Anbieter präsentieren täglich neue Angebote. Die Angebote bieten Rabatte bis zu 80 Prozent und sind in der Regel nur 24 Stunden kaufbar. Sonderregelungen sind möglich.
- ▶ Den teilnehmenden Betrieben entstehen lt. Aussage von Groupon im Vorfeld keinerlei Kosten. Groupon kümmert sich um alles, also textliche und grafische Gestaltung, Verbreitung und Zahlungsabwicklung.
- ▶ Die Betriebe zahlen nur im Erfolgsfall, die vereinbarte Provision an den Vermarkter. Da die Leistungen der Vermarkter sehr verschieden sein können, ist es sinnvoll, diese vor Vertragsunterzeichnung zu vergleichen.
- ▶ Wichtig für jeden Betrieb ist, dass er die Anzahl und die Laufzeit der Gutscheine begrenzen kann.
- ▶ In Amerika hat Groupon bereits „Smart Deals“ eingeführt, d.h. dass die Empfänger

ger ihre Interessengebiete vorgeben. Damit wird ein zielgruppen-orientierter Newsletter-Versand erreicht.

- ▶ Es ist sicherlich nur eine Frage der Zeit, bis diese Möglichkeit auch in Deutschland genutzt werden kann.
- ▶ Grundsätzlich ist dieses Angebot für jedes Unternehmen verwendbar, egal ob

Handwerk, Dienstleister, Hersteller oder Handel. Wer wissen möchte, wie es Kollegenbetriebe machen, kann sich auf der Site <http://www.groupon.de/gutscheine/service/haus-handwerkerservice> informieren.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

Wie immer, wenn etwas neu ist, gibt es auch bei den Gutschein-Dealern „schwarze Schafe“. Deshalb ist es sinnvoll, sich vorher im Internet zu erkundigen und die Konditionen zu vergleichen, weil diese unterschiedlich sind. Dabei sollten Sie folgende Fragen für sich klären:

1. Wie oft erscheint mein Angebot?
2. Wann erscheint mein Angebot?
3. Wo erscheint mein Angebot?
4. Wie groß ist die Zahl der Empfänger?
5. Sind die Empfänger selektierbar?
6. Welche Kosten entstehen für mich, wenn die Mindestzahl der Bestellungen nicht erreicht wird?
7. Gibt es (versteckte) Nebenkosten?

Außerdem sollten Sie sich auf jeden Fall den Internetauftritt des Vermarkters anschauen und das „Kleingedruckte“ lesen, damit Sie über die Bedingungen vollständig informiert sind.

Ebenso wichtig ist es, im Voraus konkret zu überlegen, wie eine mögliche Auftragswelle möglichst reklamationfrei abgearbeitet werden kann. Unternehmen, die Gutscheininhaber wie Kunden 2. oder 3. Wahl behandeln, verspielen ihren Goodwill. Andere wieder reduzieren die auf dem Gutschein zugesagte Leistung mit den unterschiedlichsten Ausreden. Wer nicht bereit ist, die zugesagten Leistungen (bestens) zu erfüllen, erreicht genau das Gegenteil der eigentlichen Zielsetzung.



Foto: Matthias Balzer/ pixelio.de

VORSICHT FALLE

Die Zeitschrift „impulse“ berichtete von einer Unternehmerin, die eine hawaiianische Massage zum Gutschein-Preis von 29 Euro (Normalpreis 95 Euro) anbot. Sie rechnete damit, etwa 300 Gutscheine zu verkaufen, es wurden aber 850. Rund 350 Schnäppchenjäger hatten sich bis dato bei der Einzelkämpferin gemeldet, die sich bitter darüber beklagte, dass sie nun das ganze Jahr durchmassieren müsse – und das zu einem Stundenlohn von kaum mehr als 5 Euro netto die Stunde. Unternehmer, die sich mit solchen Extremrabatten selbst an den Rand des Ruins bringen, gibt es immer wieder. Vorsicht und eine genaue Planung sind also geboten. G.K.

Gutscheine über eine Hawaii-Massage für 29 statt für 95 Euro wurden einer Unternehmerin aus der Hand gerissen. Die Folge: am Ruin vorbeigeschrammt

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

Unser Leser Frank Sch. arbeitet als Ingenieur und wird kurzfristig aus Altersgründen aus seinem bisherigen Beruf ausscheiden. Bereits jetzt ist er auch als Sachverständiger tätig. Er hat von einem Kollegen gehört, dass für diese eine Altersgrenze existieren soll.

Diese Frage lässt sich mit der für Juristen typischen Floskel „Es kommt darauf an!“ beantworten. Grundsätzlich kann die Tätigkeit als Sachverständiger ohne Alters-

grenze ausgeübt werden. Verschiedene Sachverständigenordnungen enthalten aber eine Altersgrenze, wonach öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige nach Erreichen einer Höchstgrenze nicht mehr tätig sein dürfen.

Diese Höchstgrenze ist zunächst auch durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bestätigt worden. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch eine Entscheidung des BVerwG zu diesem Thema aufgehoben und zurückverwiesen. Das BVerwG gab dann dem klagenden Sachverständigen im Februar 2012 Recht.

Die Höchstaltersgrenze verstößt gegen das AGG und stellt eine unmittelbare Benachteiligung wegen des Alters dar. Das Bundesverwaltungsgericht hat dazu festgestellt, dass das Lebensalter einen Sachverständigen nicht hindere, über das Renteneintrittsalter hinaus seine berufliche Tätigkeit auszuüben. Er kann sich auch durch Fortbildungen seine besondere Sach- und Fachkunde erhalten. Da die öffentliche Bestellung unabhängig von einer Bedarfsprüfung ist, sei das Ausscheiden älterer Sachverständiger auch keine Voraussetzung für das Nachrücken Jüngerer (BVerwG 8 C 24/11). Schließlich wies das Bundesverwaltungsgericht darauf hin, dass eine Höchstaltersgrenze für Sachverständige nicht der Verhütung von Straftaten oder dem Schutz der Rechte und Freiheiten anderer diene. Wie formulierte schon Otto Reutter: „Nehm se'n Alten...“

In unserer Mai-Ausgabe haben wir an dieser Stelle über die Bedeutung der Ehemänner im Arbeitsrecht berichtet. Ehepaare müssen aber auch bei ganz „normalen“ finanziellen Transaktionen aufpassen. Eine unbedachte Überweisung von dem einen auf das andere Konto kann plötzlich Schenkungsteuer auslösen

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass die Zahlung eines Ehegatten auf ein Gemeinschaftskonto

(sog. Oder-Konto) der Eheleute zu einer der Schenkungsteuer unterliegenden Zuwendung an den anderen Ehegatten führen kann. Das Finanzamt muss jedoch anhand objektiver Tatsachen nachweisen, dass der nicht einzahlende Ehegatte im Verhältnis zum einzahlenden Ehegatten tatsächlich und rechtlich frei zur Hälfte über das eingezahlte Guthaben verfügen kann. Darauf verweist der Kieler Steuerberater Jörg Passau, Vizepräsident der Deutschen Anwalts-, Notar- und Steuerberatervereinigung für Erb- und Familienrecht e. V. (DANSEF) unter Hinweis auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 23. November 2011 (Az. II R 33/10).

Die Klägerin eröffnete zusammen mit ihrem Ehemann ein Oder-Konto, auf das nur der Ehemann Einzahlungen in erheblichem Umfang leistete. Das Finanzamt besteuerte die Hälfte der eingezahlten Beträge als Schenkungen des Ehemannes an die Klägerin. Die Klage hatte keinen Erfolg.

Der BFH hat die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an das Finanzgericht zurückverwiesen. Es muss geklärt werden, ob die Klägerin im Verhältnis zu ihrem Ehemann zur Hälfte an dem Kontoguthaben beteiligt war. Maßgebend hierfür sind die Vereinbarungen der Eheleute sowie die Verwendung des Guthabens. Je häufiger der nicht einzahlende Ehegatte auf das Guthaben des Oder-Kontos zugreift, um eigenes Vermögen zu schaffen, umso stärker spricht sein Verhalten dafür, dass er wie der einzahlende Ehegatte zu gleichen Teilen Berechtigter ist. Verwendet der nicht einzahlende Ehegatte dagegen nur im Einzelfall einen Betrag zum Erwerb eigenen Vermögens, kann das darauf hindeuten, dass sich die Zuwendung des einzahlenden Ehegatten an den anderen Ehegatten auf diesen Betrag beschränkt und nicht einen hälftigen Anteil am gesamten Guthaben auf dem Oder-Konto betrifft.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

**Auf Nummer sicher
mit der Sicherheit**

BGH; Urteil vom 07.12.2011;
VIII ZR 206/10

Die vom Mieter an den Vermieter geleistete Mietsicherheit gehört dem Mieter. Der Vermieter verwaltet sie nur und muss nach Beendigung des Mietverhältnisses eine korrekte Abrechnung vornehmen. Probleme können auftauchen, wenn das Mietverhältnis mit einem Vermieter endet und mit einem anderen fortgesetzt wird. Verkauft der Vermieter an einen Erwerber, so wird dieser automatisch Vermieter. Es gilt der Grundsatz des § 566 BGB: Kauf bricht nicht Miete!

Allerdings muss der Mieter, der die Sicherheit durch eine Sparbuchverpfändung erbracht hat, der Übertragung der Sicherheit auf den Erwerber zustimmen. Ansonsten dürfte die Bank im Falle des Falls nicht an den Erwerber auszahlen. Im vom BGH zu entscheidenden Sachverhalt erteilte der Mieter diese Zustimmung nicht. Der Vermieter gab die Mietsicherheit an ihn zurück. Der neue Eigentümer verlangte sofort eine neue Mietsicherheit. Der BGH verurteilte den zahlungsunwilligen Mieter, die Mietsicherheit erneut zu leisten. Der Anspruch des neuen Vermieters ergibt sich bereits aus dem auf ihn übergegangenem Mietvertrag.

**Das Sprachrohr wird
nicht registriert**

OLG München; Beschluss vom
05.03.2012; 31 Wx 47/12

Eine GmbH kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Das ist nicht unbekannt. Gibt es mehrere Geschäftsführer, so wird in vielen Firmen eine gewisse Rangfolge unter den Geschäftsführern bestehen. Das mag sich am Alter, der Berufserfahrung oder auch den Verantwortungsbereichen der betreffenden Personen orientieren. Oft tritt dann einer der Geschäftsführer nach außen als Sprecher der Geschäftsleitung auf. Eine GmbH wollte jetzt im Handelsregister bei einem ihrer Geschäftsführer den Zusatz vermerkt haben, dass dieser der Sprecher der Geschäftsführung sei. Das Registergericht lehnte den Antrag ab und die Angelegenheit ging zum Oberlandesgericht München.

Das OLG München bestätigte die Rechtsauffassung des Registergerichts. Es dür-

**Zusammengestellt
von Wolf-Dietrich
Bartsch, Rechtsanwalt
und Notar**

rechtsfragen@mitmagazin.com

fen nur Tatsachen in das Register eingetragen werden, die eintragungspflichtig oder aber wenigstens eintragungsfähig sind. Beides ist hier nicht der Fall. Das GmbH-Gesetz kennt die Funktion eines Sprechers der Geschäftsführung nicht. Damit liegt keine Eintragungspflicht vor. Es gibt aber auch kein Bedürfnis für eine solche Eintragung, da es lediglich um unternehmensinterne Vorgänge geht. Ein erhebliches Bedürfnis des allgemeinen Rechtsverkehrs für die Eintragung dieser Firmeninternas ist nicht ersichtlich, so dass es auch an der Eintragungsfähigkeit mangelt.

Um Himmels Willen !

VGH München; Beschluss vom 16.01.2012;
7 ZB 11.1569

Manchmal fragt man sich bei der Lektüre der aktuellen Urteile schon, ob nun wirklich alles immer und überall vor Gericht gehört. So war es auch diesmal: Die Eltern eines dreijährigen Kindes hatten sich getrennt. Das Kind blieb bei der Mutter wohnen. Beide Eltern übten das Sorgerecht gemeinsam aus. Die Kindesmutter ließ die Tochter taufen. Sie machte dabei Angaben zur Trennung, nicht jedoch zum Vater. Der war, als er von der erfolgten Taufe erfuhr, nicht begeistert.

Der Kindesvater verlangte von der katholischen Kirchengemeinde, dass die Taufe für nichtig erklärt wird. Das wurde von der Gemeinde jedoch abgelehnt. Auch eine Klage des Vaters gegen die Kirchengemeinde wies das Verwaltungsgericht zurück. Der Münchener Verwaltungsgerichtshof lehnte die Zulassung der Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil ab.

Das Gericht stellte klar, dass nicht alle Entscheidungen der Kirche vor staatlichen Gerichten justitiabel sind. Dazu zählen die kirchliche Lehre und Verkündigung, die in-

nerkirchliche Organisation und das kirchliche Amtsrecht. Insbesondere die Sakramente und damit auch die Taufe sind Kern innerkirchlicher Angelegenheiten. Sie unterliegen damit nicht der Überprüfung durch staatliche Gerichte. Der Verwaltungsgerichtshof unterscheidet dabei sehr deutlich zwischen dem vollzogenen Taufakt, der nicht überprüfbar ist, und der religiösen Erziehung eines Kindes. Letztere ist Bestandteil des Sorgerechts. Bei unterschiedlichen Auffassungen der Eltern dürfen und müssen staatliche Gerichte entscheiden. Eine vollzogene Taufe darf aber durch ein staatliches Gericht nicht für nichtig erklärt werden.

Wo bin ich richtig ?

OLG Hamm; Beschluss vom 22.02.2012;
32 Sa 84/11

Der Inhaber einer Forderung steht bei einem zahlungsunwilligen Kunden immer wieder vor der Frage, wo mache ich meine berechnete Forderung geltend. Die Zivilprozessordnung sieht grundsätzlich als Gerichtsort den Ort vor, in dem der Schuldner seinen Wohnsitz hat. Es gibt aber Sonderregelungen, die unbedingt zu beachten sind.

Im Baurecht gilt meistens der Gerichtsstand der Belegenheit der Bausache. Der Bundesgerichtshof hat schon vor langer Zeit klargestellt, dass gemeinsamer Erfüllungsort nach § 29 ZPO für die beiderseitigen Verpflichtungen aus einem Bauwerkvertrag der Ort ist, wo das Bauwerk errichtet wird. So muss das Gericht für einen Ortstermin, der in Bausachen oftmals notwendig ist, nicht weit reisen; ein nicht zu bestreitender Vorteil für die Richter.

Das Oberlandesgericht Hamm stand nun vor der Frage, ob diese Regel auch für Architekten gilt. Der auf sein Honorar klagende Architekt hatte allerdings nach einem Wasserschaden im Haus seines Auftraggebers nur Planungsarbeiten geleistet. Mit der Bauaufsicht war er nicht beauftragt. Das OLG nahm das zum Anlass, hier anders zu entscheiden. Bei einem mit Planung und Bauaufsicht beauftragten Architekten steht das Bauwerk im Mittelpunkt, so dass auf ausstehendes Architektenhonorar bei dem für den Ort der Baustelle zuständigen Gericht zu klagen ist. Waren - wie hier - nur Planungsarbeiten geschuldet, ist der Auftraggeber an dem für seinen Wohnsitz zuständigen Gericht zu verklagen.

Klausurtagung im Zeichen der Ordnungspolitik



Foto: Alexander Schaub

Lebhafte Diskussionen, wichtige Beschlüsse: der MIT-Bundesvorstand tagte in Fulda; am Rednerpult der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann

Der MIT-Bundesvorstand traf sich zu seiner diesjährigen Klausurtagung vom 20. bis 21. April in Fulda. Nachfolgend dokumentieren wir einen Teil der zahlreichen Beschlüsse:

Europäische Staatsschuldenkrise

Der Bundesvorstand trat einstimmig der „Bogenberger Erklärung“ bei. Sie basiert auf Thesen zur Situation der Europäischen Währungsunion, die im Herbst 2011 von einem Kreis von Wirtschaftsexperten veröffentlicht wurde. Kernanliegen sind u.a. die Beschränkung der EZB auf die reine Geldpolitik und die Ergänzung des Rettungsschirms um einen klaren Krisenmechanismus und eine Insolvenzordnung, die die Hilfsmaßnahmen der Staatengemeinschaft zeitlich definiert und begrenzt. Die Staatengemeinschaft soll sich im Krisenfall auf Hilfen zur Verbesserung der Governance und der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren und finanziell bedrohten Ländern über akute Liquiditätshilfen hinaus keine Geldmittel zur Verfügung stellen. Mittelfristig ist vorzusehen, dass Banken Staatspapiere mit Eigenkapital unterlegen und notfalls den Staat als Miteigentümer akzeptieren, wenn sie die Rekapitalisierung aus eigener Kraft nicht schaffen. Länder, die nicht in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen, treten aus der Währungsunion aus. Der Bundesvorstand rief gleichzeitig alle Mitglieder der MIT dazu auf, sich auch aktiv und persön-

lich an der Bogenberger Erklärung mit ihrer Unterschrift zu beteiligen.

Info: www.buendnis-buergerwille.de

Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten

Mit großer Mehrheit hat sich der MIT-Bundesvorstand in einem Beschluss dafür ausgesprochen, dass Fracking in Wasserschutzgebieten und in Kohlebergwerken generell verboten wird. In allen anderen Gebieten Deutschlands soll Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten grundsätzlich genehmigungsfähig sein. Genehmigungen sollen durch das zuständige Bergamt nur im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde und unter Beteiligung der betroffenen Wasserversorgungsunternehmen erteilt werden. In jedem Fall ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Beitragsüberschüsse gehören den Beitragszahlern

Angesichts der aktuellen Überschüsse in den Sozialkassen, beschloss der MIT-Bundesvorstand, dass die Rücknahme der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zeitnah umzusetzen ist

und die Überschüsse in der GKV durch Beitragsenkungen an die Beitragszahler zurückerstattet werden. Die Überschüsse in den Sozialkassen dürfen grundsätzlich nicht zweckentfremdet werden, wie etwa zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes

Neues Verfahren für Einkommensteuererklärungen

Ein wachsendes Ärgernis für viele steuerpflichtige Leistungsträger stellen die immer längeren Bearbeitungsauern seitens der Finanzverwaltung für fällige Einkommensteuererklärungen dar. Der MIT-Bundesvorstand hat einstimmig einen Vorschlag für ein neues Verfahren beschlossen, welches darauf abzielt, die Bearbeitungsfristen deutlich zu reduzieren.

Keine verpflichtende Frauenquote

Der MIT-Bundesvorstand votierte mit großer Mehrheit gegen eine gesetzlich verpflichtende Frauenquote für Wirtschaft, Betriebe, Verbände, Parteien und den öffentlichen Dienst. Es ist nicht Aufgabe des Staates, in Unternehmensprozesse einzugreifen und verpflichtende Vorgaben für die Personalpolitik eines Unternehmens vorzunehmen.

Wirtschaft in die Schulen

Mit einem Beschluss hat der MIT-Bundesvorstand die Bundesländer sowie die CDU-Landtagsfraktionen der Bundesländer aufgefordert, die Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse in der Schulausbildung zu verstärken.

Fuldaer Erklärung

Zum Abschluss der Klausurtagung verabschiedete der MIT-Bundesvorstand die Fuldaer Erklärung. Darin fordert er die Union auf, die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft konsequent in allen Bereichen der Politik anzuwenden. Die Grundprinzipien Freiheit, Subsidiarität, Eigenverantwortung, Wettbewerb und der Grundsatz des Förderns und Forderns müssen wieder stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt werden. Die Union muss die Heimat der bürgerlichen Mitte bleiben.

Astrid Jantz

Verschuldenskrise in der EU

Zum Thema „Verschuldenskrise in der EU“ veranstaltete die Mittelstands Union Kreisverband Hof-Stadt / Hof-Land einen gut besuchten Diskussionsabend mit der Europaabgeordneten Monika Hohlmeier. Sie stellte zu Beginn unmissverständlich klar, dass die Ursache der Krise in der gewaltigen Staatsverschuldung der Länder zu suchen ist. „Fakt ist, dass ab 2004 nicht

mehr von einem Stabilitätspakt gesprochen werden kann, sondern eher von einem Schuldenpakt. Auch Eurostat hat falsche Zahlen an die EU gemeldet, daraufhin wurde die Verbreitung verboten und bedeutete das Ende der Stabilitätsunion“, sagte Hohlmeier. Sie forderte zudem einen Stabilitätspakt mit einer fest vereinbarten Nettoverschuldungsgrenze und eine wirtschaftlich vertretbare

Inflationsrate. Bei der anschließenden ausführlichen Diskussion wurde intensiv über Auswege aus der Krise gesprochen. Als Fazit fasste der Kreisvorsitzende Reinhard Giegold zusammen: „Die mit Schulden behafteten Länder benötigen weiterhin unsere Unterstützung. Da führt kein Weg daran vorbei!“



Aufmerksam beim Vortrag von Monika Hohlmeier, MdEP: Reinhard Giegold (l.) und seine MU-Vorstandskollegen

MU Starnberg diskutiert über Fachkräftesicherung

Rund 50 Zuhörer konnte der Kreisvorsitzende der Mittelstands-Union (MU) Starnberg, Dr. Johannes Richter, zu einem Vortragsabend begrüßen. „Wir möchten den Fachkräftebedarf auch in Zukunft decken“, erklärte Richter zu Beginn des Abends. Als Referenten konnte die MU Herrn Becking, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in München, gewinnen. Dieser stellte die insgesamt sehr gute Situation im Bereich München dar. „Wir haben in großen Teilen nahezu Vollbeschäftigung. Insbesondere bei den Jugendlichen haben wir herausragend gute Ergebnisse. Dieses Niveau müssen wir nun halten“, erläuterte Becking. Gerade die hohe Ausbildungsplatzdichte sorgt für Fachkräfte. „So wird die gute Lage gehalten. Insgesamt ist jedoch die vermehrte Zuwanderung von Hochqualifizierten unumgänglich“, sagte Becking.

Politik und Presse – ein Miteinander?

Hans Brennstener, Vorsitzender der MU Dingolfing-Landau, konnte rund 30 Gäste bei einem Expertengespräch mit Vertretern aus Presse und Kommunalpolitik begrüßen. „Ein besonderes Anliegen ist es mir, an diesem runden Tisch zu diskutieren, welche Institution hierzulande derzeit die Macht innehat – die Politik oder die Presse“, erklärte Brennstener die Beweggründe zur Einladung. „Eine sachliche, unparteiische Berichterstattung ist für lokale Medien auch eine Frage der Ehre. Andere Maßstäbe gelten hingegen für Boulevardblätter, da diese mit ihrem Kampagnenjournalismus die Welt verändern wollten. Das Erfolgsrezept für kräftige Umsätze lautet: Je wilder die Schlagzeile, desto höher ist der Umsatz!“, sagte Georg Soller, Redaktionsleiter der Vilsbiburger Zeitung. Der zweite Bürgermeister

Zwei Aufsteigerregionen begegnen sich



Ernst Hinsken, MdB, (l.) und Hans Brennstener (r.) im Gespräch mit Südtiroler Politikern

Angeführt von Erwin Huber, MdL, sowie Ernst Hinsken, MdB, besuchte die MU Niederbayern unter Leitung des stellv. Bezirksvorsitzenden Hans Brennstener die Region Südtirol zu politischen Gesprächen. So standen zu einem Meinungsaustausch neben dem Landeshauptmann Luis Durnwalder, auch Mitglieder des römischen Senats, des europäischen Parlaments und des Südtiroler Landtags zur Verfügung. Auch mit den Spitzen der Handelskammern und der Industriellen-, Mittelstands-, Hotel- und Gaststättenverbände Südtirols tauschten sich die MULer aus. „Das liegt an der traditionell großen Wertschätzung für die CSU in Südtirol und der Verbundenheit mit der Schwesterpartei SVP“, erläuterte Ernst Hinsken. In den Gesprächen ergaben sich viele Parallelen zwischen den Entwicklungen Südtirols und Niederbayerns. Landeshauptmann Durnwalder sprach mehr als zwei Stunden mit der MU-Delegation. Dabei wurde über beiderseitige Erfahrungen in den Bereichen Soziales, Steuern und Bürokratie gesprochen.

von Mamming, Werner Bumedner, wandte ein, dass der Eindruck entstehe, Politiker würden insbesondere in überregionalen Zeitungen viel eher in die Pfanne gehauen. Brennstener fasste zusammen: „Beide Seiten profitieren voneinander und haben in Zukunft die Aufgabe der Politikverdrossenheit der jungen Generation entgegenzuwirken und die Werte der Demokratie noch mehr als früher zu schützen.“

MIT Niedersachsen in Namibia

Eine Wirtschaftsdelegation der MIT Niedersachsen besuchte kürzlich Namibia. Das Land verfügt heute über 2,11 Mio. Einwohner, wobei nach dem aktuellen Zensus noch 10.000 deutscher Abstammung sind. Neben Gesprächen mit dem Botschafter der Republik Namibia in Deutschland, Neville Gertze, schon auf dem Flughafen Frankfurt (Main), standen auch Unterredungen mit André Scholz, dem ständigen Vertreter des Botschafters der

Bundesrepublik Deutschland in Windhoek (Namibia) und dem stellvertretenden Minister für Handel und Industrie Jona Mutambo Katembo auf dem Programm. Neben dem MIT-Bundvorsitzenden und Ehrenvorsitzenden der MIT Niedersachsen, Dr. Josef Schlarman und dem MIT-Landesvorsitzenden Niedersachsen, Werner Lübbe nahm auch der Honorarkonsul der Republik Namibia, Burchard Führer, an der Delegationsreise teil.



Die Delegation der MIT Niedersachsen vor dem Elisabeth-Haus des Windhoeker Politechnikums

Der Arbeitnehmer im Focus des Mittelstandes

Auf Einladung der Gütersloher MIT- und CDA-Kreisverbände diskutierten der MIT-Landesvorsitzende Hartmut Schauerte und der CDA-Landesvorsitzende Dr. Ralf Brauksiepe, MdB, unter der Moderation von Ralph Brinkhaus, MdB, über die arbeitsmarktpolitischen Themen „tariforientierte Lohnuntergrenze“, „befristete Beschäftigungsverhältnisse“ und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Beide Politiker hoben die Gemeinsamkeiten ihrer Organisationen in den diskutierten Fragen hervor. Unterschiede

zeigten sich im Detail. Während Brauksiepe sich für eine einheitliche Lohnuntergrenze stark macht, plädierte Schauerte für mehr Differenzierungen nach Regionen und Branchen. Nicht zufrieden ist der CDA-Vorsitzende mit dem Beschluss des CDU-Bundesparteitages zu den befristeten Arbeitsverhältnissen. Die Delegierten hatten dieses arbeitsmarktpolitische Instrument weiter festgeschrieben. Einig waren sich Brauksiepe und Schauerte bei dem Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Mittelstandskongress der MU

Die Mittelstands-Union veranstaltet am 23. Juni 2012 ab 10 Uhr den ersten Bayerischen Mittelstandskongress. „Ein erfolgreicher Mittelstand für ein starkes Bayern“, das ist der Anspruch für eine mittelstandsfreundliche Politik und folgerichtig auch das Motto der Veranstaltung in der ICM Messe München.

In vier verschiedenen Fachforen werden die zentralen Herausforderungen für den Mittelstand diskutiert. „Die Referenten dienen als Sachverständige. Die Diskussion steht ganz klar im Mittelpunkt“, so der MU-Vorsitzende Hans Michelbach. Im Forum I diskutieren u.a. Dr. Peter Ramsauer, MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Hans Wormser, der Präsident des Landesverbandes Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen, über erfolgreiche Unternehmen durch optimale Infrastruktur. Über wettbewerbsfähige Unternehmen durch eine erfolgreiche Energiewende sprechen in Forum II der Vorsitzende der CSU-Wirtschaftskommission Markus Blume, MdL, der Geschäftsführer der FG.de Unternehmensgruppe, Florian Fritsch, sowie Udo Möhrstedt, der Vorstandsvorsitzende IBC

Solar AG. Mit gesunden Unternehmen durch Gesundheit im Unternehmen beschäftigen sich u.a. Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit und Dr. Volker Leienbach, Verbandsdirektor im Verband der privaten Krankenversicherung in Forum III. In Forum IV werden starke Unternehmen durch gesicherte Finanzierung und gerechte Steuern thematisiert. Hierzu debattieren u.a. Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen sowie Dr. Theodor Weimer, Vorstandssprecher Uni-Credit Bank AG.

„Mit dieser Veranstaltung setzen wir als Mittelstands-Union ein deutliches Zeichen, das der Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Bayern entspricht. Bei diesem Mittelstandskongress werden wir die Weichen für ein vernünftiges Wahlprogramm für die bayerische Landtags- und die Bundestagswahl 2013 stellen. Hierzu freuen wir uns auf unsere Mittelstandsfreunde aus ganz Deutschland“, erklärte der MU-Landesvorsitzende Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, im Vorfeld. *Info: www.mu-bayern.de*

Fachkräftemangel in Südwestfalen?

Auf einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der MIT im Hochsauerlandkreis informierten sich die MIT-Mitglieder sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Hochsauerlandkreis Prof. Dr. Patrick Sensburg und die CDU-Landtagskandidaten Klaus Kaiser und Matthias Kerkhoff über die Arbeit der Bundesagentur für Arbeit. In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass für den stark vom produzierenden Gewerbe geprägten südwestfälischen Raum auch neue Wege der Aufstiegsplanung angedacht werden müssen, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzutreten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

5. Gesundheitspolitische Fachtagung in Mainz

Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) und die Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Rheinland-Pfalz (MIT) veranstalteten gemeinsam die nunmehr fünfte Gesundheitspolitische Fachtagung in Mainz. Anders als in den vergangenen Jahren fand in diesem Jahr die Veranstaltung im Konferenz- und Tagungszentrum des ZDF statt.

Eröffnet wurde die Tagung mit einleitenden Worten von Gereon Haumann, MIT-Vorsitzender Rheinland-Pfalz und Dieter Schädiger, Geschäftsführer des bdvb. Durch die steigenden Nachwuchssorgen und die ansteigende Lebensarbeitszeit, bedingt durch den demografischen Wandel, sei die Erhaltung und die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter eine elementare Führungsaufgabe für die Betriebe geworden. Folglich stand im Mittelpunkt dieser Veranstaltung die Gesundheit der Mitarbeiter als ein Wettbewerbsfaktor für vor

allem Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMUs). Um den Tagungsteilnehmern praxisorientierte Informationen und Einblicke zu ermöglichen, gewährten hochkarätige Referenten aus Politik und Wirtschaft einen Einblick in ihre Erfahrungen mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement. Die Moderation der gesamten Veranstaltung wurde von der Journalistin Gaby Dietzen-Schlösser übernommen. Neben kurzen Überleitungen der verschiedenen Referate, moderierte sie die Diskussionsrunden bei denen die Referenten dem Publikum für Fragen und Anregungen zur Verfügung standen.

Klaus Kober, stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Soziale Sicherungssysteme (S³) gab den klein- und mittelständischen Unternehmen aus Rheinland-Pfalz kostengünstige, effektive und nachhaltige Praxistipps zur Prävention. Kober wies auf die gesetzlichen Vorschriften zur Gesundheitsvorsorge hin.

Wachablösung in Braunschweig

Nach 14 Jahren als Kreisvorsitzende der MIT Braunschweig hat sich Sabine Kleinke verabschiedet. Kleinke wird sich künftig mehr dem Landesvorsitz der MIT Braunschweig und ihrer Position als stellvertretende Landesvorsitzende der MIT Niedersachsen widmen. Ihre Nachfolge tritt Sabine Campe an, die sich bereits seit mehreren Jahren im Vorstand

engagiert. Weiterhin gehören dem Kreisvorstand Renate Hübner als stellvertretende Kreisvorsitzende, Oliver Schatta, Uwe Zimmer, Franz A. Böhke als Kreisschatzmeister, Hans G. Grobelny als Schriftführer, Christel Böwer als Pressesprecherin sowie Jens-Peter Drube und Antoinette von Gronefeld als Beisitzer an.



Der neue Vorstand dankte Sabine Kleinke für ihr jahrelanges Engagement (v.l.n.r.): Sabine Campe, Oliver Schatta, Sabine Kleinke, Hans G. Grobelny, Jens-Peter Drube, Renate Hübner, Christel Böwer und Uwe Zimmer

MIT Kamen/Bergkamen/Bönen

Die Unternehmerin Annette Adams führt weiterhin die fusionierten MIT-Stadtverbände Kamen, Bergkamen und Bönen als Vorsitzende. Dr. Hubert Brinkschulte ist auch zukünftig stellvertreten-

der Vorsitzender. Als Beisitzer fungieren in den nächsten zwei Jahren Martin Altena, Dirk Chlodek, Burkhard Geckert, Stefan Rennhak, Sabine Saatkamp, Martina Thalmann und Stephan Wehmeier.



Der neue Vorstand der MIT Kamen (v.l.n.r.): Dirk Chlodek, Stefan Rennhak, Sabine Saatkamp, Annette Adams, Frank Murmann, Dr. Hubert Brinkschulte, Martin Altena, Stephan Wehmeier und Martina Thalmann

MIT und MU in den sozialen Netzwerken

MIT

Internet: www.mittelstand-deutschland.de

facebook: www.facebook.com/MITbund

youtube: www.youtube.com/MITpodcast

Twitter:

www.twitter.com/MIT_bund (mit einem Unterstrich)

flickr:

www.flickr.com/mit-bundesgeschaeftsstelle

MU

Internet: www.mu-bayern.de

Facebook:

www.facebook.com/mittelstandsunion

xing: www.xing.com/net/muby

flickr: www.flickr.com/photos/mu-bayern

facebook

twitter

flickr

XING

You Tube

VZ

myspace

Linked in



NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Untermain

Die MIT Untermain hat Dr. Markus Bock einstimmig zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Zuvor bedankte sich der hessische MIT-Landesvorsitzende Frank Hartmann bei dem scheidenden Bezirksvorsitzenden Dr. Ralf-Norbert Bartelt, MdL, für sein Engagement. Zu stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wählte die Versammlung Kirsten Fries sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Ralf-Norbert Bartelt und Ismail Tipi.



Der neue Vorstand der MIT Untermain

MIT Höxter

Klaus-Dieter Leßmann ist bei seiner Wiederwahl als Kreisvorsitzender der MIT Höxter für sein herausragendes Engagement mit einem einstimmigen Votum belohnt worden. Zu Stellvertretern wurden Christian Fachin, Rainer Kobusch, Holger Sielemann und Karl Simonowski gewählt. Leßmann bedankte sich bei Walter Rieks für seine engagierte Arbeit, der bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden nicht erneut kandidierte. Klaus-Dieter Will wurde einstimmig im Amt als Schriftführer bestätigt. Als Internet- und Social-Media-Beauftragten wählten die Mitglieder Jens Heine und als Pressereferenten und stellv. Schriftführer Norbert Hinz. Als Beisitzer werden Friedrich Berost, Hubert Conze, Stefan Dreier, Alfred Gemmeke, Holger Gieffers, Uwe Greff, Wolfgang Koppi, Birgit Kuchenreiter, Dr. Tom Kunert, Volker Leßmann, Christoph Rust, Norbert Stolte, Elmar Suckfüll, Thomas Vollmer und Diethard Wolter den Vorstand verstärken.

MIT Ludwigsburg

Auf der Hauptversammlung der MIT Ludwigsburg wurde Armin Maschke einstimmig zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Maschke löst Dr. Georg Zinger ab, der zuvor fast sieben Jahre den Kreisverband erfolgreich geleitet hatte. Neue Stellvertreter sind Dr. Klaus-Peter Lörcher und Manfred Bechtel. Alle nominierten Kreisvorstände wurden in ihren Funktionen bestätigt. Neu im Vorstand sind Edgar Springer (Schatzmeister), Rüdiger Beck, Enrico Finn, Erich Hägele, Marika Köpf, Bernd Mannsperger und Markus Noz. Im Anschluss an die Wahlen sprach Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie.



Armin Maschke (l.) dankte seinem Vorgänger Dr. Georg Zinger für sein langjähriges Engagement im Interesse des Ludwigsburger Mittelstandes

MIT Main-Tauber

Die MIT Main-Tauber ehrte kürzlich langjährige aktive Mitglieder. Für über 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Ursula Brandt und Albert Reuter mit der Ehrennadel ausgezeichnet. Für langjährige Mitgliedschaft erhielten die silberne Ehrennadel: Martin Fischle, Siegfried Hornung, Dr. Heinrich Konrad, Hans Kuhn, Erich Niederle, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart und Dr. Gerhard Wobser. „Wir brauchen mehr Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern in der Politik,“ so der MIT-Kreisvorsitzende Andreas Jouaux. Gefeiert wurden die Auszeichnungen bei einer Weinprobe der Becksteiner Winzer.



Auszeichnungen für ehrenamtliches Engagement in der MIT Main-Tauber

MIT Recklinghausen

Die MIT Recklinghausen hat Silke Günther-Thurau zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Unterstützung erhält Günther-Thurau in den kommenden zwei Jahren von ihrem ersten Stellvertreter Marco Rolof und den weiteren Stellvertretern Nils Kruse, Dirk Nagerski, Wolfgang Wacker und Prof. Maria Zabel. Für das Amt des Schatzmeisters wählten die Mitglieder Wolfgang Bothe, als Geschäftsführer Jonas Ohlms und als Schriftführer Johannes Götte. Als Stellvertreter in diesen Ämtern komplettieren Fabian Heß, Thomas Recker und Maximilian Sager den geschäftsführenden Vorstand. Als Beisitzer wurden Jan Cornely, Walter Lux, Hendrik Heeger, Christian Enxing, Ulrike Cornelius, Peter Honvehlmann, Wilhelm Brauckmann, Jürgen Freitag, Tim Schult, Rolf Overfeld und Marcel Schoierer gewählt.



Der neue Kreisvorstand der MIT Recklinghausen

MIT Quickborn

Mit dem Credo „Kontakt – Vernetzung – Gewinn“ haben sich Unternehmer in Quickborn zu einem neuen MIT-Stadtverband zusammengeschlossen. Ulf C. Hermanns von der Heide wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Wiebke Dircks sowie Jörn A. Kruse wirken zukünftig als Stellvertreter im neuen Vorstand.


MIT Süd-Stormarn

Auf Initiative des Vorsitzenden der MIT Stormarn, Bernd Hengst, wurde der neue Stadtverband der MIT Süd-Stormarn gegründet. Dieser soll die Interessen der Wirtschaft aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek in der Politik vertreten. Zum Vorsitzenden wurde Volker Dahms und zum Stellvertreter Alexander Bowien gewählt.



Gekaufte Zeit

Es war eigentlich schon immer so, aber in letzter Zeit, finde ich, ist es ganz schlimm geworden: Es dreht sich ja alles nur noch ums Geld, genauer gesagt: um immer mehr Geld. Millionen? Milliarden? Pah! Wir sind schon bei den Billionen angekommen. Damit flutet die Europäische Zentralbank „den Markt“ und „die Banken“, damit die sich untereinander wieder Geld leihen. Ein Tsunami aus Scheinen und Münzen in der EU. Wir alle warten nur noch darauf, wann die Rieseninflationswelle uns umwirft und final mitreißt in den Orkus.



Also, ehrlich gesagt, ich komme da nicht mehr mit. Wieso müssen Banken sich untereinander Geld leihen? Stehen die nicht in Konkurrenz zueinander? Leiht sich ein Discounter vom anderen Zucker, Mehl und Billigbananen, leiht sich ein Maler

Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: www.Manfred-Degen.de

vom anderen Farbe? Habe ich mir je von einem anderen Kleinkünstler einen Gag geliehen? Nein, habe ich nicht. Wieso aber ist das bei den Finanzhaien anders?

Während auf der einen Seite niemand weiß, wo die Unsummen der EZB abbleiben, ist auf der anderen Seite kein Geld da. Wenn wir vom Staat nur mal so eine Kleinigkeit wie das Zuschütten von Schlaglöchern fordern, zuckt der Finanzminister, zuckt der Kämmerer mit den Schultern: „Wir würden gerne, sind aber blank.“ Dabei ist das noch geprahlt. In Wahrheit sind sie, sind wir über beide Ohren verschuldet.

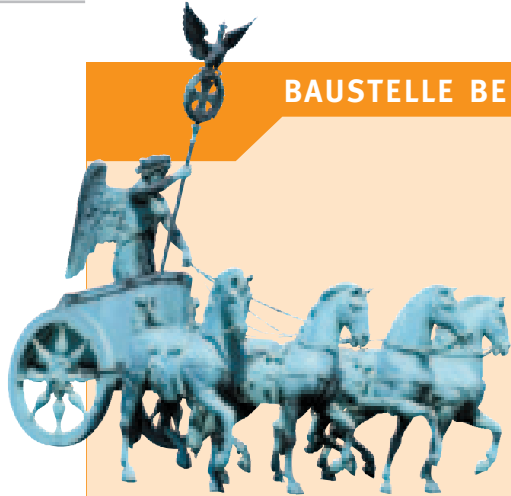
Da trifft sich das Gemeinwesen mit dem Einzelnen. Denn die breite Masse lebt ja eh' schon auf Pump gemäß der Parole: Von dem Geld, das wir nicht haben, kaufen wir Dinge, die wir nicht brauchen, um Leuten zu imponieren, die wir nicht mögen. Viele sind dazu übergegangen, ihre paar Kröten in Schnaps zu investieren, mit der mathematisch lupenreinen Begründung, dass sie

nirgends so viele Prozente für ihr Geld bekommen wie beim Erwerb von Strohrum oder Absinth.

Früher war es ja so üblich, dass Regierungen ihre Steuereinnahmen für gute Zwecke verbieten: soziale Einrichtungen, Panzer und Fregatten, Verbraucherschutz und den Bau prächtiger Startbahnen und Philharmonien. Seit einiger Zeit jedoch fällt mir auf, dass Politiker ein neues Produkt gefunden haben, für das sie unsere schönen Steuergroschen hinauswerfen: Sie erklären, sie würden Zeit kaufen! Im Falle Griechenland wurd's schon verdammt teuer. Ich zähle längst nicht mehr mit, aber wir sind ja schon jenseits der 200 Milliarden Euro angekommen.

Das Wasser wird bald knapp und dann schweineteuer. Auch wird wohl die Atemluft mit einer Luxussteuer belastet werden. Aber dass Zeit über Nacht derart teuer geworden ist, wow!

Mögen andere ihren kargen Besitz mit Gold und Immobilien absichern. Das sind Ideen von Gestern. Jetzt ist die Ressource Zeit interessant. Damit decke ich mich jetzt ein. Wer hat noch Zeit übrig? Ich zahle gut, denn demnächst kann ich sie mit schöner Gewinnspanne an die EU zurückverschreiben. Für Griechenland, Spanien und Portugal müssen bald und dann aber dringlich noch ein paar Jahre Zeit gekauft werden.



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

ich bin schon mehrfach von MIT-Freunden angesprochen worden, weil nach ihrer Meinung meine Baustellenkommentare „zahmer“ geworden sind? Nee, ich bin der Gleiche geblieben, der wachsam durch sein Revier schleicht und alles aufschreibt, was ihm ge- oder missfällt. So sind mir in den letzten Tagen mal wieder die sogenannten „Piraten“ aufgefallen. Wenn ich diese Typen schon sehe, nee! Alle schreiben über sie, von vielen Seiten werden sie beschrieben und durchleuchtet. Ich glaube, Henrik M. Broder hat zum Aufstieg der „Piraten“ sehr richtig erkannt, dass Demokratie und Idiotie keine Gegensätze sein müssen! Unser Chefredakteur Günter Kohl hat seine Eindrücke vom Piraten-Parteitag auf amüsante Weise zusammengefasst (siehe Seite 10).

Ich finde es in Deutschland lustig, es wird hier bunter, sogar im politischen Sprachgebrauch - von der Jamaikakalition, bis zur Dänenampel! Nur noch fünf Prozent der Deutschen glauben, sie könnten durch Wahlen die Politik in starkem Maße mitbestimmen. Nur so ist es zu erklären, dass viele potenzielle Wähler ihre frühere Wahl nicht mehr als Alternative sehen und lieber gar nicht mehr wählen gehen!

Die Pleitewelle in der deutschen Solarindustrie lässt sich mit noch mehr Staatsgeld nicht aufhalten! Man muss feststellen, dass sich TV-Geräte, DVD-Player und Handys leider in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich produzieren lassen. Diese Erkenntnis sollten sich auch die Bundesländer zu eigen machen, die der ohnehin schon am höchsten subventio-

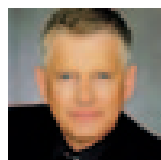
nierten Branche jetzt noch mehr Geld hinterherwerfen wollen. Schon heute ist jeder einzelne Solarjob in Deutschland um ein Mehrfaches höher subventioniert als einst die Maloche im Steinkohlebergbau – und ich weiß wovon ich als Kind aus Oberhausen, „der Wiege der Ruhrindustrie“, rede!

Am 3. Juni sollte hier in Berlin die große Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) gefeiert werden, und nun ein großer Flop – CANCELLED – nein nicht nur dieser oder jener Flug, sondern gleich das ganze Opening. Tempelhof, Monument der Luftbrücke von 1948/49, welche Berlin rettete, wurde abgeschafft! Tegel von mir geliebt und von Nicht-Berlinern geschätzt wegen der kurzen Wege, sollte ausgedient haben. Der BER, bezeichnet als Triumph der Technik und der Planung, findet vorerst nicht statt. Die FAZ schreibt im Wirtschaftsteil über den Flughafen – „Die Welt schaut auf diese Schmach!“

Zu guter Letzt noch ein Blick in den Bundestag – wie halten die Abgeordneten es eigentlich mit der Disziplin? Unterschiedlich: Schwarz-gelbe Volksvertreter fehlen selten, Linke machen gerne mal blau. Die Experten des Internetportals „Abgeordnetenwatch“ stellen in einer Auswertung fest, dass die größten Bummler die Linken sind. Bei 62 der wichtigsten Abstimmungen in der laufenden Legislaturperiode fehlten im Schnitt elf ihrer 76 Abgeordneten. Also jeder siebte Platz blieb leer. Bei den Grünen und der SPD fehlte pro Abstimmung nur jeder Fünfte. Besonders diszipliniert geben sich hingegen die MdB's von Union und FDP. Auf Seiten der Regierungskoalitionen fehlte bei den wichtigsten Abstimmungen – wie etwa zur Eurorettung, dem Bundeswehreininsatz oder zum Atomausstieg – nur jeder zwanzigste!

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

CW Niemeyer Druck GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



NEU

Für alle Sylt-Liebhaber!



Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -
hinreißenden Fotos -
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler
und Komiker,
Prominentes und Provinzielles,
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin:
... für die Westentasche mit
Hundertern von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 3.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Das Magazin 2012 ist
ab Anfang April im Handel.

Bestellen Sie Ihr
persönliches Sylt Magazin
zur informativen und
stimmungsvollen Vorbereitung
auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

Ich bestelle das Sylt Magazin 2012

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)



Scan & Watch



G & D denkt wie Vodafone: Mobilität braucht Sicherheit.



Vodafone und G & D machen Ihr mobiles Business sicher – z. B. mit Vodafone Secure SIM für die Verschlüsselung sensibler Daten und den sicheren Zugang ins Firmennetz. Schalten auch Sie Ihr Business auf Erfolg.

Kommunikation im Netz von morgen.

power to you

Michael Kuemmerle

Mitglied der Geschäftsführung von Giesecke & Devrient
und zuständig für „Mobile Security“